

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 40 M,
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 M,
Versammlungsanzeigen 10 M. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bzw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist fern zu halten von:

- Tischlern** nach Diegnitz (C. Lentz), Jena (Berndt & Naumann), Baderborn (F. M. Mosberg), Blankenese (W. Gehler), Leopoldshöhe bei Lippe (Grote);
- Tischlern und Drechslern** nach Bruchsal (H. Jung);
- Drechslern** nach Ringersheim i. Elb. (Stoßfabrik), Peine (A. Schrader);
- Stoßdrechslern** nach Hamburg (Wernede, Merkurstraße), Bön (Wiemeier);
- Stellmachern** nach Schiffbek bei Hamburg (Schlegel);
- Bürstenmachern** nach Lippspringe i. W. (Ruthe & Jahrand);
- Korbmachern** nach München (Schild, Waaderstr. 37), Neugasse (W. Göpfe);
- Uhrgehäusarbeitern** nach Schmölin (Trammner);
- Celluloidarbeitern** nach Leipzig (Fabrik J. Menckelsohn).

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in Baden nach den Fabrikinspektionsberichten für 1900.

Die Kürze des diesjährigen badischen Fabrikinspektionsberichts macht sich auch bei der Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage der dortigen Arbeiterschaft nachtheilig bemerkbar. Schon aus diesem Grunde kann man es nur bedauern, daß die neue Methode der Berichterstattung auch auf die bisher so vorzüglichen mittelstaatlichen Aufsichtsbörden ausgedehnt worden ist. Was für Preußen und Sachsen wünschenswerth ist, ist eben noch lange nicht für Hessen, Württemberg oder Baden angebracht. Doch lohnt sich immerhin und trotz dieser Beeinträchtigung ein näheres Eingehen auf denjenigen Theil des Berichts, der von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, den Verhältnissen und der gewerkschaftlichen Organisationsfähigkeit der Arbeiterschaft handelt.

Was die Wirtschaftslage anbetrifft, so wird berichtet, daß der Geschäftsgang im Berichtsjahr überaus günstig war. Erst gegen Ende desselben habe sich die Geschäftslage düsterer gestaltet. Die Unternehmungen erzielten „ansehnliche Gewinne“, nicht aber die Arbeiter. Wörtlich sagt der Bericht darüber Folgendes:

„Auch die Arbeiter haben an dieser Verbesserung theilgenommen, soweit es wenigstens gelernte Kräfte sind und sie sich gut organisirt haben. Im Verhältnis zu den großen Gewinnen der Industrie steht aber der von den Arbeitern als Lohnaufbesserung empfangene Theil doch nicht. Denn die Industrie muß auch für weniger günstige Zeiten Vorkehrungen treffen. Hauptächlich aber zeigt es sich immer wieder, daß die Arbeiter nur diejenigen Vortheile dauernd erreichen, welche sie sich selbst durch größere Tüchtigkeit und höhere Kultur erringen.“

Mit dieser Aeußerung anerkennt der Bericht, was die Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum immer geltend gemacht haben, nämlich, daß der günstige Geschäftsgang den Unternehmern einen größeren Vortheil eingebracht hat, als den Arbeitern. Wenn hier der größere Antheil des Unternehmers an dem Profit damit gerechtfertigt wird, daß die Unternehmer auch für weniger günstige Zeiten Vorkehrungen zu treffen hätten, so ist das allerdings eine verkehrte Auffassung. Einmal haben die Unternehmer auch in ungünstigeren Zeiten, wenn auch keinen großen, so doch immerhin einen ausreichenden Profit, die Arbeiter werden aber stets durch die ganze Schwere der wirtschaftlichen Depression getroffen, und der Bericht anerkennt ja selbst, daß es den Arbeitern dann schwer fällt, früher erlangte Vortheile sich dauernd zu erhalten. Wenn die Unternehmer also in guten Zeiten für sich den Löwenantheil des Profits reklamieren, so ist das ein durch nichts gerechtfertigtes Verlangen.

Jedenfalls berührt die Anerkennung der organisatorischen Thätigkeit der Arbeiterschaft sehr angenehm. In mehreren Stellen des Berichts wird dem Bestreben der Arbeiter auf Hebung ihrer materiellen und sittlichen Lage, wie vor Allem ihren Bildungsbestrebungen, Anerkennung gezollt. Was das Letztere anbetrifft, so wird besonders auf die guten Erfahrungen hingewiesen, die man mit den unter Mithilfe der organisirten Arbeiter zu Stande gekommenen Volksvorlesungen und Volksvorstellungen in Mannheim, Karlsruhe und Freiburg gemacht hat und die sehr zur Festigung dieser Einrichtungen beigetragen haben. Die Zuhörer der Mannheimer Volkshochschulkurse haben bei den Professoren einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen, heißt es in dem Bericht, es sei nicht nur aus dem regelmäßigen Besuche der Vorlesungen ein reger Eifer zu konstatiren, besonders auch bewiesen die gestellten Fragen ein sehr gutes Verständniß und ein selbstständiges Eindringen in manche der angeregten schwierigen Fragen; die „Gebildeten“ seien in der Naturwissenschaft über die Gesetze und Erscheinungen des Lebens kaum besser unterrichtet, als die Arbeiter. Auch seitens des Direktors der technischen Hochschule in Karlsruhe wurde der große Eifer und das musterhafte Verhalten aller Zuhörer der Volksvorlesungen rühmend hervorgehoben. Auch an einer anderen Stelle des Berichts wird diese auf Hebung des Bildungsnebens gezielte Thätigkeit der organisirten Arbeiterschaft anerkend erwähnt. Auf Seite 42 heißt es:

„Um die Weckung und Pflege des Bildungstriebes haben sich die Arbeiterpresse und die Arbeiterorganisationen unstreitig große Verdienste erworben. Die erstere sucht diese Bedürfnisse durch mannigfache Belehrung, durch gemeinverständliche Darstellung der sozialen Gesetzgebung zu befriedigen. Ebenso haben die Gewerkschaften in Bruchsal und Pforzheim, letztere durch den Arbeitersekretär, in diesem Jahre Vorträge von Vorträgen über die soziale Gesetzgebung veranstaltet. Die Organisationen verdienen auch um ihre freimüthige Kritik der in Arbeiterkreisen zum Theil herrschenden Ansichten, z. B. des Braumachens, des übermäßigen Geldverbrauchs für Alkohol usw., Anerkennung. Sie bleiben damit freilich nicht, wie manche oberflächliche Beobachter, bei dem Räsonniren über diese bedauerlichen Erscheinungen stehen, sondern suchen nach Möglichkeiten die Quellen dieser Mißstände zu verstopfen. Wesentlich damit im Zusammenhang steht ihre Bekämpfung der unnötigen Ueberzeitarbeit; denn es ist eine Thatsache, daß dort das Braumachen am meisten verbreitet ist, wo lange Arbeitszeiten mit kurzen unregelmäßig wechselnden Arbeitgebern entschuldigt gelegentlich einer Revision das mehrjährige Fehlen einer großen Zahl seiner Gesellen mit den vielen Ueberstunden, welche an den vorhergehenden Tagen hätten geleistet werden müssen.“

Freilich wird in dem Bericht sehr über die Interesselosigkeit der Arbeiterschaft an den oben gekennzeichneten Bestrebungen der Arbeiterorganisationen geklagt. So wird von dem bereits erwähnten Vortragschluß in Pforzheim gesagt, daß sich die Arbeiter an denselben in auffallend geringer Zahl beteiligten. „Die in dieser Jahreszeit (im Spätjahr) verstärkte Arbeitsfähigkeit in der Hauptindustrie Pforzheims kann diese bedauerliche Thatsache nur theilweise erklären.“ Und an einer anderen Stelle des Berichtes heißt es:

„... Da der Organisation seitens der Behörden und auch mehr und mehr seitens der Arbeitgeber ein Hinderniß nicht bereitet wird, so tritt immer mehr der ungünstige Einfluß hervor, den die Gleichgültigkeit der Arbeiter vielfach auf ihre Organisation hat. Es soll damit in erster Reihe kein Tadel ausgesprochen sein, es soll nur auf die große Leistung hingewiesen werden, welche den Arbeitern aus ihrer Organisation erwächst, wovon sie aber einen sehr unerheblichen Gebrauch machen.“

Diese Aeußerungen eines staatlichen Aufsichtsbeamten, die den Gewerkschaftsorganisationen jedenfalls nur zur Ehre gereichen können, sollte sich mancher Kollege zu Gemüthe führen, der es bisher nicht nötig zu haben glaubte, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, oder der ihr nur äußerlich angehörte.

Für drei Arbeitergruppen sind, wie in den Vorjahren, die durchschnittlichen Wochenverdienste im Berichtsjahre angegeben. Zunächst sind dahingehende Angaben gemacht über die Löhne von weiblichen Arbeitern aus zehn Fabriken Mannheims. Die Löhne der Arbeiterinnen dieser Stadt zeigten bei den Erhebungen über die soziale Lage der Fabrikarbeiter von Mannheim und Umgebung im Jahre 1890 einen auffallend tiefen Stand. Es war daher von Interesse, zu prüfen, in welchem Maße sie sich in der verfloßenen günstigen Wirtschaftsperiode gehoben haben. Bei sechs Fabriken war ein Vergleich der durchschnittlichen Wochenverdienste aus den Jahren 1890 und 1900 möglich. Er ergibt, daß thatsächlich Lohnsteigerungen um 20 bis 80 pSt. im Laufe des letzten Jahrzehntes eingetreten sind. In zwei Celluloid- und Gummiabriken war der Durchschnittswochenverdienst im Jahre 1890 M 7,49, im Jahre 1900 M 9,10. Die Erhöhung desselben beläuft sich in diesen zehn Jahren demnach auf 21,50 pSt.; in zwei Holzfabriken war der Durchschnittsberdienst in 1890 M 7,52, in 1900 M 9,07, die Erhöhung betrug 20,61 pSt.; in zwei Bettfedernabriken betrug der Durchschnittsberdienst in 1890 M 7,04, in 1900 M 9,10 und die Erhöhung betrug 29,28 pSt. „Zimmerhin“, heißt es in dem Bericht, „stehen die erreichten Lohnhöhen wieder im Verhältnis zu denen der männlichen Arbeiter Mannheims, noch übertreffen sie diejenigen der Arbeiterinnen anderer Industrieorte des Landes, bleiben vielmehr hinter mehreren zurück.“ Bei den obigen Angaben ist zu berücksichtigen, daß in den zwei Celluloid- und Gummiabriken bei einem Durchschnittswochenverdienst von M 9,10 im Jahre 1900 noch 123 Arbeiterinnen mit einem Wochenverdienst von M 7,42, und 232 Arbeiterinnen mit einem Wochenverdienst von M 8,86 beschäftigt waren und daß dieser Durchschnitt nur erreicht werden konnte, indem der Verdienst von sechs Vorarbeiterinnen mit je M 14,81 pro Woche mit in Berücksichtigung kam. Der Verdienst von 786 Arbeiterinnen einer Textilfabrik wird in 1900 im Durchschnitt pro Woche mit M 10,99 angegeben, der Verdienst in zwei Sackfabriken mit zusammen 102 Arbeiterinnen auf je M 9,90 im Durchschnitt pro Woche, und in einer Fabrik der Bekleidungsindustrie auf M 9,91.

Weitere Erhebungen über die Lohnhöhe, die auch für uns von besonderem Interesse sind, wurden angestellt in sechs Uhrenabriken in den Orten Billingen, Triebberg, Furtwangen, St. Georgen und Hornberg. Der durchschnittliche Wochenverdienst sämtlicher in betr. sechs Fabriken beschäftigten 805 Arbeiter beträgt M 16,41 bei einer täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden in fünf Fabriken und 10½ Stunden in einer Fabrik. Bei dieser Lohnberechnung sind 31 Werkführer, Meister und Vorarbeiter mit einem Durchschnittswochenverdienst von M 30,20 mit in Betracht gezogen, so daß der Durchschnittswochenverdienst der Arbeiter thatsächlich ein wesentlich geringerer ist. Für die männlichen Arbeiter, 661 an der Zahl, beträgt der Durchschnittswochenverdienst M 18, thatsächlich, bei Außerbetrachtung der Werkführer- und Meisterverdienste, aber M 17,71. Der Durchschnittswochenverdienst der 144 weiblichen Arbeiter beträgt M 9,09. „Die Verdienste sind allgemein im Vergleich zu den hohen Miet- und Lebensmittelpreisen der Schwarzwaldbörse sehr gering“, bemerkt der Bericht zu dieser Lohnstatistik. „Die Lage der Uhrenindustrie macht zudem Lohnsteigerungen in nächster Zeit nicht wahrscheinlich.“

Es ist bemerkenswerth, daß die Durchschnittsverdienste in der Fabrik, wo 10½ Stunden täglich gearbeitet wird, „trotzdem oder wohl eher aus diesem Grunde“, wie der Bericht treffend sagt, die niedrigsten sind. Sie betragen dort M 15,13 für sämtliche Arbeiter, für männliche Arbeiter M 16,64 (obwohl hier gerade für vier Beamte die hohen Durchschnittswochenverdienste von M 35,02 in Anrechnung gebracht sind, die höchsten überhaupt für sämtliche sechs Fabriken), die weiblichen Arbeiter nur M 8,87 gegenüber M 16,41, bzw. M 18, bzw. M 9,09 im Durchschnitt der

fämmtlichen Fabriken. In den beiden Anlagen, die technisch und hygienisch am Besten eingerichtet sind, werden die höchsten Löhne verdient, M 16,76 bezw. M 18,17 trotz der für diese Betriebe in Anrechnung gebrachten niedrigen Beamtenegehälter. Diese Lohnstatistik legt jedenfalls von der traurigen Lage der Schwarzwälder Uhrenarbeiter ein recht trauriges Zeugniß ab.

Uns interessirten an dieser Statistik in erster Linie die Angaben über die Lohnverhältnisse der in diesen sechs Uhrenfabriken beschäftigten Holzarbeiter. Für Bildhauer und Holzschneider sind folgende Verdienste angegeben: zwei je M 17,54, zwei je M 27,04, und 17 je M 17,06 pro Woche; für Holzdrechsler vier Arbeiter je M 20,49, zwei je M 18,10, sechs je M 18,06 und vier je M 15; für Schreiner 28 Arbeiter je M 16,78, für 47 je M 15,05, für 41 je M 18,56 und für 17 Arbeiter je M 15,80 pro Woche. Im Durchschnitt für alle Fabriken beträgt der Wochenlohn für Bildhauer und Schnitzer M 18,24, für Holzdrechsler M 17,92 und für Schreiner M 17,30. Unsere Kollegen in der Uhrenindustrie dürften darnach in der That mit den schlechtesten gestellten Arbeitern der Holzindustrie Deutschlands, den Spielwaarenheimarbeitern im Thüringertal und in Sonneberg im Tiefstand ihrer Lebenshaltung bald gleichzustellen sein. Es bedarf da angelegentlichster Organisationsarbeit des Holzarbeiterverbandes, Hand in Hand mit dem in erster Linie in dieser Branche interessirten Metallarbeiterverband, ehe es gelingen wird, hier einigermaßen erträgliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Noch ungünstigere Lohnverhältnisse werden aus vier Seidenstoffwebereien Südbadens berichtet, wo von 862 Arbeitern ein Durchschnittswochenverdienst von M 13,01 festgestellt wurde. Dabei waren 17 Personen mit einem Durchschnittswochenverdienst von je M 23,06 mit berechnet. Erklärend bemerkt der Bericht hierzu, daß die vielen Feiertage, an denen die Arbeit ausgesetzt wird, von ungünstigem Einfluß auf die Verdiensthöhe sind.

Interessant sind die Angaben des Berichts über die Arbeitszeitverhältnisse. In großen Betrieben zeigt sich erfreulicherweise fast überall die Tendenz, die Arbeitszeit zu verkürzen. So ergab eine Revision der Betriebe im Amt Börrach, daß in verschiedenen Betrieben eine dauernde Reduktion der Arbeitszeit stattgefunden hat oder in der Einführung begriffen ist. In allen diesen, meist großen Fabriken beträgt die Reduktion der Arbeitszeit 1/4 bis 1/2 Stunde. Der Leiter einer Fabrik erwähnte hierbei, daß das früher erreichte Quantum auch bei einer Arbeitszeitverkürzung um 1/2 Stunde täglich erreicht werden konnte, so daß auf eine Lohnreduktion infolge dieser Arbeitszeitverkürzung verzichtet werden konnte. Von den zahlreich angeführten Arbeitszeitverkürzungen in einzelnen Betrieben wollen wir nur anführen die Einführung des Sechstundentages in der Dampf- und mechanischen Schreinerei von Gerteis in Freiburg und die Ausdehnung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit, wie sie vor zwei Jahren durch eine Lohnbewegung der organisierten Kollegen Mannheim in den dortigen Schreinereien zur Einführung gelangte, auf die in den größeren Hobel- und Sägewerken Mannheim beschäftigten Bau- und Möbelschreiner.

Daß eine Verkürzung der Arbeitszeit keinen Produktionsausfall zur Folge hat, hat die Erfahrung schon massenhaft bestätigt. Neben dem oben angegebenen Beispiel führen wir aus dem im Bericht zahlreich gebrachten Thatfachenmaterial dieser Art nur folgende Stelle wörtlich an:

Nachdem die in den letzten Jahren in der Uhrenindustrie eingeführte zehnstündige Arbeitszeit eine Verminderung der Produktion nicht gebracht hat, hört man bereits von Fabrikanten mit Bestimmtheit aussprechen, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden keinen Produktionsausfall bringen würde. Als wir eine Firma, welche infolge Arbeitsmangel durch Störung der englischen Ausfuhr aus Anlaß des Krieges mit Transvaal etwa 10 pEt ihrer Arbeiter entließ, darauf hinwies, ob nicht eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden dasselbe Resultat haben würde, so wurde uns bestimmt versichert, daß nach bereits gemachten Erfahrungen die Produktion des einzelnen Arbeiters bei gleichbleibenden Arbeitslöhnen nicht zurückgehe. Es ist bemerkenswerth, daß nicht wenigstens vorübergehend für einige Zeit ein solcher Ausfall vermieden wurde. Der Fabrikant, selbst ehemals Arbeiter, erklärte die Erscheinung in begreiflicher Weise damit, daß eben jeder Arbeiter darnach strebe, seinen gewohnten Lohn zu empfangen. Dies Befreien sporne ihn an, den Ausfall an Arbeitszeit durch vermehrte Arbeitsintensität auszugleichen.

In St. Georgen im Schwarzwalde scheitern die Bestrebungen der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verkürzen, an den Arbeitern, weil sie durch den kürzeren Arbeitstag eine Verminderung des Lohnes befürchten. Der Bericht sagt dazu: „Die Arbeiter kennzeichnen sich dadurch als rückständig gegenüber ihren Kollegen in den Nachbarorten, die trotz des Ausfalls an Arbeitszeit dasselbe leisten wie zuvor.“ Der Hinweis auf die Erhöhung der Unfallgefahren infolge Uebermüdung bei überlanger Arbeitszeit erscheint dem Berichterstatter wegen seiner Selbstverständlichkeit nahezu überflüssig. Bei der Schwierigkeit jedoch, die sich bei Arbeitgebern sowohl wie

oft auch bei Arbeitern der Beseitigung 24stündiger und längerer (11) Wechsellösungen noch entgegenstellt, erscheint die Erwähnung besonders schwerwiegender Vorkommnisse das einzige Mittel zur Verminderung der berregten Mißstände.“ In dem Bericht ist ein trasser Fall von Verunglückung infolge Uebermüdung aus einer Zuckerrabrik angeführt. Ein dort beschäftigter Arbeiter, welcher die Messung der Temperaturen der mit Rohzucker gefüllten Wannen und nebenbei das Schmieren der Lager zu besorgen hatte, wurde in der 22. Stunde seiner 24stündigen Schicht von einem Seiltrieb erfaßt und auf der Stelle getödtet. Anscheinend geschah der Unfall dadurch, daß der Arbeiter an einer unbeachteten Stelle neben der Transmission sein Schlafbedürfniß befriedigen wollte und beim Uebersteigen derselben in die Seile fiel. Der Bericht erwähnt dieses besonders schwerwiegende Vorkommniß unter Hinweis darauf, daß dies das einzige Mittel sei, um unvernünftige Arbeitgeber von der Unhaltbarkeit solcher unmenschlich langen Arbeitszeiten zu überzeugen. Auch eine Kritik, die sich die Herren Unternehmer hinter die Ohren schreiben können.

Die Wohnungsverhältnisse sind im Berichtsjahre eher schlimmer als besser geworden. Von ebenso ungünstigem Einfluß auf die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes wie die Wohnungsnoth war jedenfalls der durch übermäßigen Zug aus ausländischer Arbeiter auf den inländischen Arbeitsmarkt, was bei der Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse besonders unangenehm in die Erscheinung tritt. Das Ministerium des Innern hat verschärfte Bedingungen für die Bewilligung der Beschäftigung russisch-polnischer Arbeiter erlassen, die bezwecken, eine Ansiedelung derselben zu verhüten. „Die Beschäftigung dieser Arbeiter hat einen großen Umfang angenommen, so daß die Gefahr nahe lag, daß auch eine dauernde Niederlassung stattfinde. In Baden ist diese Ueberschwemmung noch neuen Datums; die inländischen Arbeiter sind davon wenig entzückt, da sie eine Beförderung der Lohnrückerei und ein Sinken der Lebenshaltung der gesammten Arbeiterschaft bedeutet. Sie halten daher eine Ueberschwemmung des Westens durch slavische Arbeiter für ein Unglück, stehen aber den angebotenen Mitteln skeptisch gegenüber.“

Es ist jedenfalls eine angenehme Aufgabe, das Interesse der badiischen Aufsichtsbehörde an der Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der badiischen Arbeiterschaft, wie es auch in diesem Bericht wieder zu Tage tritt, zu würdigen. Die Arbeiterschaft erkennt auch hier wieder den Vortheil einer bewährten und tüchtigen Gewerbeaufsicht.

Der 18. deutsche Tischleritag in Görlitz.

III.

Der Arbeitgeber-Schutzverband als „Gegengewicht“ des Deutschen Holzarbeiterverbandes war der erste Punkt am zweiten Verhandlungstage. Zum Leidwesen des Kölner Rentiers hatte der Vorstand seinem Mitgliede Mitsch das Referat übertragen. Dieser hielt zwar den Schutzverband für dringend nöthig, um „in den Kampf ziehen zu können gegen die unberechtigten Forderungen der Gesellen,“ gab aber doch zu, daß die Arbeitgeber auch „mitunter“ schuld seien, wenn ein Streik ausbricht. Der Standpunkt, jeder Meister habe in seiner Werkstatt unbedingt zu gebieten, sei veraltet. Die Arbeiterschutzesetzgebung zeige, daß mit den Arbeitnehmern gerechnet werden müsse. Der Verband müsse aus Unterverbänden bestehen und schnellmüßig müsse das nöthige Kapital zusammen gebracht werden, um eventuell den Kampf beginnen zu können. Gerade die jetzige Zeit der wirtschaftlichen Depression sei dem Emporkommen des Schutzverbandes günstig, im Gegensatz zu einer Zeit aufsteigender Konjunktur. Referent ist weiter dafür, daß der Schutzverband unabhängig von der Innung besteshe, damit auch Inhaber von Großbetrieben denselben beitreten könnten. Es werden trotz des Schutzverbandes Einigungsversuche, um einen Streik zu verhüten oder beizulegen, immer gemacht werden. Der Schutzverband werde auch Arbeitsdauer zu regeln haben. „Hochgestellte Lohnforderungen seien nicht allemal zum Nachtheil für Arbeitgeber, wenn aber, wie es Lattik der Gesellen, kleine Forderungen gestellt und nach kurzer Zeit wiederholt werden, um zu deren Ziel zu führen, dann bringen die sich oft wiederholenden Bemühungen des Gewerbes jedesmal Schädigungen.“ Redner ist dann für eine feste Zentralkasse mit den nöthigen Arbeitskräften; der Verband solle nicht abhängen von dem Eintreten einzelner opferwilliger Verbandsmitglieder.

In dem Referat des Herrn Mitsch sind zwei Punkte bemerkenswerth: einmal die Erkenntniß, daß der Arbeitgeber nicht „unbedingt“ in seiner Werkstatt zu befehlen hat, sondern daß auch den Gesellen und Arbeitern ein Recht zugesprochen wird, bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitzusprechen. Wir vermuthen wenigstens, daß Herr Mitsch dies gemeint hat. Er spricht zwar nur von einem „Rechnen mit den Arbeitnehmern, wie das Arbeiterschutzesetz zeige“, ob er gemeint hat, daß der Arbeitgeber sich nicht weigern könne, die Beiträge zur Kranken- und Jubiläumsversicherung zu zahlen, ob er weiter an die verschiedenen

Paragrafen der Gewerbeordnung, die dem Arbeiter gegen unberechtigte Entlassung, gegen das Trucksystem, gegen Lohnprellung usw. zu schützen gedacht hat, mag dahin gestellt sein; wir wollten nur konstatiren, daß Herr Mitsch, der Referent zum Arbeiterschutzeschutzverband, die Moral vom „Herrn im Hause sein“, für veraltet erklärt. Wir werden uns bei passender Gelegenheit dieser Feststellung des Herrn Mitsch erinnern. Zum Anderen ist es dessen Aeußerung über die hohen und niedrigen Forderungen der Gesellen, welche besonders hervorgehoben werden mag. Ob Herr Mitsch diesen Standpunkt schon immer vertrat und für immer vertreten wird, wissen wir freilich nicht; aber wir wissen, daß seine Kollegen weder hohe noch niedrige Forderungen gern bewilligt haben. Wann wären jemals die bescheidensten Forderungen der Gesellen als berechtigte anerkannt worden? Wenn der Schutzverband eventuell noch einmal so weit kommt, daß er über die Forderungen der Gesellen zu entscheiden haben wird, dann dürfte sein Votum wohl in mir ein den Gesellen ungünstiges sein, ob deren Forderungen hoch oder niedrig sind.

Referent Mitsch rechnet aus, daß, um die Agitation für den Schutzverband nachhaltig zu betreiben, vorerst ein Beitrag von M 1 pro Mitglied für den fonds perdu erforderlich sei, und dann, wenn eine Mitgliederzahl von 500 Meistern mit 10 000 versicherten Gesellen vorhanden sei, könne der Verband bei einem Beitrag von 10 S pro Monat und Arbeiter schon seine Thätigkeit beginnen. Man solle nur nicht in dem „bisher gezeigten Eifer“ (11) nachlassen, denn daran würde der Schutzverband zu Grunde gehen. Im Uebrigen bleibt er dabei, daß eine Aenderung der Satzungen bezüglich der Schaffung von Unterverbänden notwendig sei.

Nach Mitsch tritt der mit der „glänzenden Rednergabe gesegnete“ Kölner Rentier in die Arena. Das Gesicht geröthet vor Erregung. Arme und Weine in krampfhafter Bewegung, als wenn es eine Vorübung zum Preisturnen gäbe, so fällt er über den Vorredner her. „Mitsch habe den vorjährigen Tischleritag nicht besucht, sonst könnten solche Dummheiten nicht gemacht werden“, ruft er mit Pathos aus, als auch schon die Glode des Vorsitzenden schellt, er solle den Ausdruck „Dummheiten“ zurücknehmen, und — der selbstbewußte Rings erklärt kleinmüthig, er habe ja nicht den Vorstand gemeint, sondern „wir Alle“ haben Dummheiten gemacht. Rings, der Mann, der Alles weiß, hat geglaubt, daß der Schutzverband schon seit dem 1. Oktober des vorigen Jahres besteshe, und nun erfährt der Führer des rheinischen Innungsrummels zu seinem Erstaunen, daß sein seit Lübeck her mühsam aufgepöppeltes Schooßkindchen „Schutzverband“ gar nicht lebensfähig wurde und gestorben und begraben ist. Voll Gram und Bitterniß darüber müssen nun die Pflieger herhalten, die das arme Wurm verkümmern und „zu Tode sterben“ ließen.

Er habe seine geistige Frucht vertrauensvoll in die Hände des Innungs-Vorstandes gelegt; „warum ist der Schutzverband nicht weiter gediehen?“ fragte er zornig. Nur einmal habe das Verbandsorgan über dasselbe geschrieben und dann habe man kein Wort mehr darüber gehört. Der Schutzverband war mausetodt, was ein Wunder, „daß die Tischlergesellen gar nicht wissen, daß ein Schutzverband besteshe.“ Hätte nur das Bundesorgan „mehr publizirt“, dann wäre das arme Ding vielleicht noch bis zum Innungstage in Görlitz am Leben geblieben und die Rings und Genossen hätten sich nicht zum Gaudium der Gesellen blamiren brauchen. Verdammtes Mißgeschick, das den Vater und die Pflieger des Wechselbalgs verfolgt. „Na, Rache ist süß“, denkt Herr Rings — und flugs hat er eine neue Vogel-scheuche hervor geholt. „Wenn erst diese Vogel-scheuche — pardon — dieser Schutzverband vor aller Augen bestesht, dann sind die Gesellen zu bange, das Haupt zu erheben“, ruft er mit innerer Befriedigung, ja, wenn — Herr Rings, wenn nur die Mitglieder vorhanden wären, die einen Schutzverband für zweckmäßig hielten; wenn nur die Opferwilligkeit im gleichen Maße vorhanden wäre, wie bei den Gesellen, „die ihren Schutzverband haben“, wenn auf den Tagen nicht immer so viel versprochen und nichts gehalten würde; ja wenn die Herren Rings und Genossen nur Vernunft annehmen und dem von den Gesellen angeregten Gedanken der Bildung eines vorläufigen Einigungsamtes näher treten würden — dann wäre die ganze Diskussion über die Gründung eines Schutzverbandes überflüssig, ebenso der Hinweis, daß der Staat nur deshalb so viel Kanonen, Pulver und Blei anschaffe, damit die Anderen sich fürchten. So lange allerdings die Tischlerinnungen Deutschlands die Ehre haben solche aufgeblasenen Führer, wie den Herrn Rings in Köln, zu den Thronen zu zählen, wird wohl kaum Friede zu erhoffen sein. Ein Mann, der immer und immer wieder hervorhebt, der Schutzverband habe den Zweck, die Streiks zu verhindern, der Schutzverband sei eine Nachfrage, die Arbeiter müssen erschrecken, wenn sie nur den Namen Schutzverband hören, und dann vor lauter Angst gar nicht mehr daran denken, Forderungen zu stellen und um dieselben zu streifen, kann nicht friedfertig sein. Natürlich, nach 1000 Jahren werden die Holzarbeiter genau so zittern, wenn sie von dem Schutzverbande der Rings und Genossen aus dem 20. Jahr-

hundert lesen, wie die Nachkommen der Chinesen, wenn sie bloß den Namen „Deutsche Hunnen“ hören. Haben doch, wie Mitsch behauptet, die Tischler Düsseldorf sofort von einem projektirten Streik abgesehen, als sie von dem Bestehen eines Schutzverbandes Kenntniß erhielten. Etwas anders lag es denn doch, wie Herr Mitsch behauptet, aber gönnen wir ihm die Freude, daß den Tischlern Düsseldorf vor dem seit einem Jahre begrabenen Schutzverband eine solche Heidenangst eingeblüht wurde, daß sie pure in's Maulloch gekrochen sind. Sehen wir nun zu, wie es denn eigentlich mit der Behauptung der Herren Mitsch, Rings und Mahardt: „der Schutzverband sei eine Lebensfrage der Tischler“ steht. Wenn das wahr wäre, müßte doch ein ungewöhnliches Interesse für den Schutzverband vorhanden sein. Da erfahren wir aber von Herrn Dr. Schulz, dem Sekretär des Bundes, daß nicht das geringste Interesse zu finden war. Nach dem uns vorliegenden Bericht sagte Herr Dr. Schulz folgendes: „Tausende von Aufforderungen zum Beitritt in den Schutzverband habe der Vorstand erlassen, nicht nur schriftlich, sondern auch auf Bezirkstagen. Aber wie sei das Resultat ausgefallen! Z. B. habe man aus Königsberg geantwortet: „Bei uns besteht absolut kein Bedürfnis für den Schutzverband!“ Ähnliche Antworten seien aus Pommern, Danzig, Kiel und Lübeck gekommen. Aus Götting habe sich ein einziges Mitglied gemeldet, aus dem übrigen Schlesiens Niemand. Der in gegenwärtiger Versammlung anwesende Herr Zimmer habe damals gesagt: „Ich schaffe Ihnen 200 Mitglieder aus Dresden!“ man hätte aber bis heute nur zwei Mitglieder von dort bekommen. (Heiterkeit.) Der anwesende Herr Zimmer werde das bestätigen. (Herr Zimmer: Ja!) Und da sollte in dem Bundesorgan die Lärmtrommel gerührt werden? In ganz Rheinland hätten nur vier Städte Mitglieder geliefert und zwar in geringer Zahl. Berlin sei gewillt, mit in die Organisation einzutreten und sie zu leiten, wenn die Beteiligte einer bestimmten Anzahl von Meistern verbürgt sei.“

Angeichts dieses „großen Interesses“ an dem Schutzverband hat man noch den Mut, zu behaupten, derselbe sei eine dringliche Nothwendigkeit. Nach Dr. Schulz spazieren eine Reihe Obermeister auf, die sich alle gegen den Vorwurf: in der Agitation faul gewesen zu sein, wehren und die Schuld entweder auf den Vorstand schieben, der sie zu wenig aufgeklärt oder auf die Günther'sche „Tischlerzeitung“, die zu wenig darüber geschrieben habe. Obermeister Hinz aus Kiel betont besonders, daß man dort mit den großen Schiffswerften und einer Zahl von 4000 (?) dort beschäftigten Tischlergesellen zu rechnen habe. Dabei hätten Behörden mitzuspriechen, die zum Theil einen ganz eigenen exklusiven Standpunkt einnehmen. Das möchte Meister Hinz wohl, daß die Werften der Schutzverbandskasse jährlich $\text{M} 5000$ und mehr an Beiträgen zuwendeten und dies für die kaiserl. Werft sogar aus dem Reichssteuerjüdel — aber im Eventualfalle nichts beanspruchen dürften. Es wäre wirklich ein Gaudium für Götter, wenn die Werften im gegebenen Fall nicht nur das ganze Kassenvermögen des Schutzverbandes über den Schnabel nehmen, sondern den Vorstand noch zwingen würden, einen Pump anzulegen, um die berechtigten Ansprüche der Werftbesitzer zu befriedigen.

Herr Fobbe-Köln ruft: „Agitieren Sie, damit das Kind lebensfähig wird“; und als ob ihn in der Erregung ein menschliches Mühren packt, wendet er sich gegen die elfstündige Arbeitszeit, „sie ermattet Geist und Körper; $9\frac{1}{2}$ Stunden sind genug.“ Wir werden den Herrn Fobbe zu gegebener Zeit als Kronzeugen aufrufen, damit — wenn seine Kollegen die Arbeitszeit über $9\frac{1}{2}$ Stunden hinaus verlängern oder wenn die Arbeiter die Arbeitszeit über diese Zeit hinaus verkürzen wollen — er bezeuge, daß $9\frac{1}{2}$ Stunden Arbeitszeit genug sind und jede längere Arbeitszeit Geist und Körper ermatten.

Herr Pauli behauptet kühn, „daß die Arbeiter dahin streben, es den Arbeitgebern unmöglich zu machen, Vereinigungen zum Schutze gegen Uebergriffe ihrer Arbeiter zu bilden.“ Es wird immer schöner, jezt sollen sogar die Tischlergesellen Schuld haben, daß der Schutzverband der Meister nicht zu Stande kommen kann. Man möchte doch gar zu gern einen Sündenbock finden, um nur die Indolenz und die geistige Impotenz der Führer der deutschen Tischler-Führungsbewegung verdecken zu können. Diesmal glückt es aber nicht; es bleibt eben dabei, daß, wenn die Führer der Provinz nicht von den Machern in Berlin und diese wiederum von ihrem Allerweltshoktor informiert und geschoben werden, nichts zu Wege gebracht wird. Das zeigte die Diskussion über den Schutzverband in treffendster Weise. Ja, wenn man das Ding fertig mit nach Hause nehmen könnte, wie Schnier aus Elberfeld dies wünschte, dann ginge das noch, aber agitieren, Beiträge einsammeln und selbst welche zahlen, ja Bauer, das ist etwas Anderes.

Uns kann es recht sein. Vom 1. Oktober dieses Jahres wird denn also der Schutzverband wahrscheinlich in Kraft treten, wenn Mitglieder genug vorhanden sind, die Beiträge zahlen wollen. Wenn $\text{M} 10000$ zusammen sind, dann zittert deutsche Holzarbeiter!

Die Knopfarbeiter in Schmölln und ihre Organisation.

Seit dem großen Streik im Jahre 1895 stehen die Knopfarbeiter im Allgemeinen und die direkt Beteiligten ihrer ehemals guten und segensreich wirkenden Organisation, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, heute mit einer ziemlich gleichgültigkeit gegenüber. Das ist aber auch in Götting so, wo die Verhältnisse nicht minder gute sind, allein die Göttinger Knopfarbeiter können dies als Entschuldigungsgrund anführen: weil in Schmölln die Industrie bedeutend mehr verbreitet ist, die Arbeiter mit ihrer Organisation aber doch gekrochen haben. Das ist zwar nicht ein Grund für ihre Mieserlichkeit, doch ist es nur allzu bekannt, daß sich die Arbeiter — und hier kommen auch viele Arbeiterinnen in Betracht — bei Beurtheilung ihrer Lage sehr viel nach anderen, unter gleichen Verhältnissen lebenden Arbeitern zu richten pflegen und wenn dies in diesem Fall die Göttinger gehandelt haben, kann man nur sagen, daß sie damit eine schwere Schädigung ihrer eigenen Lebensinteressen begangen haben. Warum haben aber nun die Schmöllner Knopfarbeiter nichts mehr von sich hören lassen? Haben sie heute bessere Verhältnisse, oder wird vielleicht diese damals einen so großen Umfang angenommene Industrie, von der man während der Streikzeit doch sagte, sie wäre werth, zu Grunde zu gehen, nicht mehr in dem Maße betrieben? Oder brauchen die in den Knopfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr 178 Stück Knöpfe auf ein Groß, sondern auch bloß 144, wie es das Groß hat, zu machen, und sind damit ausreichend zufriedengestellt worden? — Nein, Kollegen, Alle, die Ihr auch so fragtet, werdet nicht das Richtige getroffen haben; es hat sich kein Ausleihungsprozeß in dieser langen Zeit abgepielt, keine Produktionsverminderung, auch keine Lohnerhöhung, noch eine sonstige Verringerung hat stattgefunden, die den Arbeitern hätte von Nutzen sein können. Es bestehen nach wie vor die alten Verhältnisse, die alten Zustände sind um kein bißchen besser geworden, auch ist noch die ziemlich gleiche Anzahl von Betrieben am Orte, nur zwei kleinere Firmen sind eingegangen, so daß nicht mehr 14, sondern zwölf Knopfabriken in der Steinmühlbranche bestehen. Daneben aber zwei Horn- und eine Berlinmühlknopfabrik, sowie zwei Würstchenfabriken, die auch zirka 100 Arbeiter in ihren Betrieben beschäftigen. Die

Naturgemäß haben, trotzdem zwei Betriebe weniger wurden, die bestehenden durchweg, mitunter recht erhebliche, Erweiterungen erfahren. Oft sahen sich die Arbeiter bei diesen Fabrikvergrößerungen und durch die Einführung von verbesserten und neuen Maschinen sogar in ihrer Existenzberechtigung, wenn von einer solchen unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Rede sein kann, schwer bedrängt. In einigen großen Fabriken hat man Knopfautomaten aufgestellt, die von weiblichen Personen bequem bedient werden können. Daraus geht hervor, daß man die Produktion, also die Rentabilität der Betriebe erhöht hat, und ein Blick auf die netten Fabrikantenwohnhäuser belehrt uns, daß die Knopfindustrie im Stande ist, ihren Mann zu nähren. Wie schade, daß man garrnichts bei den niedrig entlohnenten, ausgemergelten Arbeitsteilen davon gewahrt wird. Eine erkledliche Zahl muß von ihnen jährlich an der Schwindsucht sterben, namentlich diejenigen, welche sich zu der höchst schädlichen Arbeit, dem Sandsprißen, hergeben, stellen den größten Prozentsatz. Ihnen folgen die Abschneider, welche fast ausschließlich mit der Brust zu arbeiten haben. Die niedrigen Arbeitslöhne ermöglichen es ihnen nicht, sich die Nothwendigkeiten zu ernähren, sondern vergrößern das Elend für die Nachkommenschaft außerordentlich. Wer aber den Knopfarbeitern sagen will, daß nur eine gute Organisation dagegen zu helfen in der Lage ist, der kommt schon bei ihnen an, und wird mit der Vertretung der Mühseligkeit der gewerkschaftlichen Bestrebungen aus Unverstand oder aus sonstigen ungünstig beeinflussten Umständen wie ein leibhaftiger Arbeiterfeind abgewiesen. Sie wollen nichts für die Verbesserung ihrer Lage aufwenden und zahlen lieber in unnütze Vergnügungsvereine, obwohl die ganze Kollegenschaft Deutschlands seit 1895 hinter den Knopfarbeitern stand, und sie thatkräftig unterstützte. Fast wie zum Danke dafür haben sie, bis auf einige Wenige, dem Verbands den Rücken gefehrt.

Von den vielen Arbeiterinnen, deren Zahl doch eher zugenommen hat, gehört heute nicht eine mehr der Organisation an. Hier wird die örtliche Verwaltung, unterstützt vom Gausvorstand, gründlich mit der Agitationsarbeit einzusetzen haben. Es sind alle Bedingungen vorhanden, die uns den Erfolg doch sichern. Dazu finden wir in dem Knopfindustriebezirk eine über die Maßen ausgedehnte Hausindustrie, in der ebenfalls für die Knopfabrikanten von großem Vortheil, die schulpflichtigen Kinder bis herab zum Sechsjährigen, nach allen Regeln der Kunst ausgebeutet werden. Nach einer neuerdings von der Behörde aufgenommenen Statistik werden nicht mehr als 37 pZt. Schulkinder gewerksmäßig mit Knopfaufnähen beschäftigt. Eine Zahl, welche sich steigern dürfte, sobald flotter Geschäftsgang vorhanden ist. Nicht nur, daß sich damit die Kleinen ihre Augen verderben, auch bleiben sie durch das viele Sitzen in der Stube schwach und bleich und bilden, wie schon oben erwähnt, eine vollständig augenfällige Nachkommenschaft, die nicht über das Durchschnittsgebilde herausragt. Es wird auch Fremden sofort auffallen, daß in den Straßen einer Stadt, die zirka 11000 Einwohner aufweist, so wenig Kinder zu sehen sind. Alles arbeitet für die Fabrikanten, sogar seine eigene, für eine Familie oft viel zu kleine Wohnung nimmt der Arbeiter noch dazu, nur um sich über Wasser zu halten und seine Steuern zahlen zu können. Er verzichtet es dagegen unbegreiflicher Weise, sich mit all' seinen Klammern und Fingerringen zu einer unbezwinglichen Macht zusammenzuschließen.

Im „Leipziger Tageblatt“ haben die Knopfabrikanten verkündet, daß ihre neuen Betriebseinrichtungen ganz lokale Sammen erfordert haben. Wer sollte ihnen das unter solchen Umständen auch nicht glauben? Doch seien ihnen die Preise von der ausländischen, namentlich der Württembergischen Konkurrenz“ derart herabgedrückt worden, daß von Verdienen nicht mehr zu geredet werden könne. Der Verdienst käme lediglich den Arbeitern zu Gute, indem deren Löhne auch in letzterer Zeit wesentlich gestiegen seien! Die Knopfabrikanten wissen, wie's scheint, offenbar garnicht mehr, wenn sie die Schuld des Verdienstes in die Schuhe

schieben sollen, wiewohl es den Arbeitern nur zu gönnen wäre, wenn sie höhere Löhne bekämen, so ist es aber doch nur ein sehr schlecht gewählter Trick, die Arbeiter hinzustellen, als schöpften sie das Fett ab. Es brauchten nun bloß die Herren Großhändler zu kommen und den Fabrikanten weniger zu bieten, sofort hätten sie ihren „industriellen Zweck“ erreicht. Die Lohnereduktion würde vorgenommen! Von sämtlichen Arbeitern wird es einfach für völlig unbegründet, für un-wahr und mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklang zu bringende Gepflogenheit bezeichnet, wenn die Löhne der Arbeiter in die Höhe gegangen sein sollen, sie sind im Gegentheil gesunken, aber nicht gestiegen! Wären aber die Knopfarbeiter organisiert wie im Jahre 1894—95, wo die Zahlstelle 1100 Mitglieder zählte, so könnten sie diesen Herren einmal entgegenzutreten und sie beim Wort nehmen, was es mit ihrer Behauptung auf sich hat. Im Grunde genommen, könnten uns ja die Behauptungen und der Standpunkt der Herren, den sie den Arbeitern gegenüber einzunehmen belieben, vollständig gleichgültig sein, wenn es sich für uns nicht um die ohnedies genug ausgebeuteten Knopfarbeiter handelte. Wir betrachten es als unsere heiligste Pflicht, sie auf all' diese Gefahren aufmerksam zu machen. Inbessenen haben aber auch sie ihre Pflicht zu erfüllen und von der Waffe, die sie so schamhäftig verrostet ließen, der Organisation, Gebrauch zu machen. Es ist die höchste Zeit, sich der Aufgaben bemußt zu werden. Aber noch etwas Anderes muß die unorganisirten Kollegen aus ihrem Schlafe aufwecken, und das ist der neue Polittarifentwurf. Wird derselbe Gesetz, dann werden die Löhne noch weiter sinken, weil dann die auf dem Export in das Ausland angebotene Industrie zurückgehen wird. Klagen doch jezt schon die Fabrikanten darüber, daß namentlich aus Amerika die Aufträge zurückgegangen sind, und nur deshalb war noch immer halbwegs zu thun, weil die Aufträge aus England und einigen anderen Ländern des Kontinents fortgesetzt gute waren. Diese werden aber dann, wie schon bei Amerika, mit einem Schlage zurückgehen, wenn nicht gar ausbleiben. Also, Kollegen in der Knopfabrik, beherzigt diese an Euch gerichteten Worte und schließt Euch sammt und sonders unserer Organisation an.

Rundschau.

Der Achtstundentag hat sich auch in den schlesischen Gruben sehr gut bewährt, wie die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ mittheilt. Seit 1897 hatten 18 pZt. der Gauer und Schlesier im genannten Bezirk den Achtstundentag. Es sind dies die Arbeiter der „Schlesischen Kohlen- und Rotheiswerke“, deren eine Grube am 30. Juli 1897 infolge Wolkenbruchs ersoff, worauf die Direktion, der Noth gehorchend, auf den intakten Schächten drei Drittel einlegte. Als diese Einrichtung ein Jahr bestand, fand auch die Direktion, daß sie gut sei, sie wurde beibehalten. Die anderen Werke praktizirten die zehn- und zwölfstündige Schicht weiter. Da brach im Frühjahr 1900 der große österrödische Bergmannsstreit aus, in Sachsen legten unsere Kameraden die Arbeit nieder — und da trat der Bergarbeiterverband wieder mit der Forderung der Achtstundenschicht in Niederschlesien hervor, die Vertrauensleute stellten auf „Glückhils-Friedenshoffnungsgrube“ wieder den Antrag auf Einführung des Achtstundentages und die Verwaltung versprach ihn, führte ihn ein am 1. April 1900! Am 1. Mai folgten die Fuchsgrube und die fürstlich Pleßischen Gruben (Fürstenteiner), Ende 1900 folgte die Nothenbacher Grube. Am Schluß des Jahres war auf allen größeren Werken die Achtstundenschicht eingeführt. Was das Beste ist, der Verband des Unternehmervereins macht bekannt, daß an der verkürzten Arbeitszeit „streng festgehalten“ würde! Das ist sehr anerkennenswerth.

Der Zentralverband der Ortskrankenkassen hält seine 8. Jahresversammlung vom 8. bis 10. September in Stuttgart im „Bürgermuseum“ ab. Es werden voraussichtlich 150 Delegirte anwesend sein. Aus der reichhaltigen Tagesordnung erwähnen wir zwei von Berlin aus gestellte Anträge, deren einer sämtliche Krankenkassen auffordert, beim Reichstagsgebot zu petitioniren dahingehend, daß der Vertrieb solcher Medikamente usw., die fabrikmäßig hergestellt, auch im Kleinhandel meist in fertiger Verpackung abgegeben werden — sogenannte Spezialitäten in Originalpackung — den Drohengeschäften insoweit freigegeben wird, als diese Medikamente keine „starkwirkenden“ Stoffe (Mittel der Tab. B und C des Arzneibuches für das Deutsche Reich) enthalten und sie in diesen „Originalpackungen“ zur Abgabe gelangen“; ferner „daß bis zur Zulassung von Kassenapotheken beziehungsweise bis zur Verstaatlichung der Apotheken eine Reichsarzneistoffe für die deutschen Krankenkassen aufgestellt wird. In dieser sollen auch Vorzugspreise für Entnahme größerer Dosen vorgesehen werden.

Schreiberseelen des Unternehmertums über die Gewerbegerichte. Im Dortmunder Handelskammerbericht findet sich folgende Stelle:

„Nicht minder ernst ist unseres Erachtens der Versuch zu betrachten, der das Gewerbegericht als Einigungsamt bezeichnen will, die Arbeitgeber, auch wenn sie ihre Zustimmung zur Verhandlung vor dem Gewerbegericht nicht gegeben haben, durch Strafandrohung bis zu $\text{M} 100$ zu zwingen, auf Ladung der Vorstehenden vor demselben zu erscheinen und zu verhandeln. Bisher war dies nur möglich, wenn beide Parteien das Gewerbegericht angerufen hatten und Vertreter bestellten. Wir halten den Vorschlag für einen durch nichts gerechtfertigten schmerzhaften Eingriff in das Besitzrecht der Arbeitgeber. . . Wenn dieses Gericht als Schiedsgericht in Streitigkeiten funktioniren und entscheiden soll über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses, so darf ihm diese Entscheidung unter keinen Umständen aus eigenem Recht zustehen, sondern höchstens auf Anrufen von beiden Seiten. Denn in solchen Fällen handelt es sich meistens nicht um Geld oder Rechtsfragen untergeordneter Bedeutung, sondern nicht selten um Machtfragen allerersten Grades, in erster Linie darum, wer Herr im Geschäft sein soll: der Besitzer oder die organisirten Arbeiter, wie der zur Zeit übliche schamhafte Ausdruck für Sozialdemokraten lautet. Sind es doch in erster Linie

Forderungen von Entlassung misliebiger Vorgesetzter, oder nicht organisierter Arbeiter, oder Wiederaufnahme entlassener „Genossen“, an denen die Beilegung von Streiks scheitert. Es ist weiter bekannt, daß die Arbeiterbeisitzer der Gewerbe-gerichte, ja sogar manche Vertreter der Arbeitgeber — Sozialdemokraten sind und daß die Sozialdemokratie nebst ihren Vorfrüchten und Nachfrüchten mit aller Gewalt „Genossen“ in die Riste der Gewerbegerichte zu bringen bemüht ist. Unter diesen Verhältnissen heißt es doch bei Streiks der meuternden Arbeiterschaft das Heft in die Hand geben, wenn ihren Parteigenossen die Möglichkeit geboten wird, die Werkbestitzer vor ihr Forum zu zitieren, denselben dort ihre Bedingungen vorzulegen und sie zu Rede und Antwort zu nötigen. Unser Kaiser hat — leider mit vollem Recht — darauf hingewiesen, daß Ansehen und Autorität bei uns fast im Sinken begriffen seien, der Reichstag konnte keine schämere Antwort darauf geben, als diesen Vorschlag, der das Recht des Besitzes ebenso in Abrede stellt, wie von der Sozialdemokratie Religion, Gesetz, Staatsgewalt und der militärische Gehorsam angefochten werden. Was beim Beamten schwere Disziplinarstrafen und Dienstentlassung nach sich zieht, beim Militär mit Erschießen bestraft wird — Gehorsamsverweigerung und Meuterei — das soll der Arbeiter ruhig thun dürfen, ja er soll ferner das Recht erhalten, seinem Brotherrn die Bedingungen vorzuschreiben, unter denen demselben gestattet werden soll, seine autständigen Betriebe wieder in Gang zu setzen! Eine dreifache Verhöhrung der Autorität, als diese Bestimmung des Kommissionsantrages läßt sich kaum denken. Es ist ein kläglicher Welsch, daß es bei uns — und nicht nur im Reichstag — doch gar zu viele Leute giebt, welche „nur Sozialdemokraten fürchten und sonst nichts auf der Welt“.

Es erübrigt sich, auf die vielen Unwahrheiten und Verleumdungen einzugehen, die der Schreiber obiger Zeilen im Interesse seiner Brothgeber in die Deffentlichkeit bringt. Es ist von Gewerbe-Inspektoren und ganz besonders von Gewerbegerichtsvorsitzenden genau das Gegenteil gesagt und geschrieben worden, was die mit Haut und Haaren dem Kapital ergebene Schreiberfelle als Neuigkeit glaubt aufzuspüren zu können. Auf das Urtheil solcher Leute, die, wie wir glauben, wider besseres Wissen die Unwahrheit schreiben, ist zwar nichts zu geben, wir wollen aber zeigen, mit welchem fanatischen Haß und mit welchen unlauteren Mitteln der Kampf gegen die Arbeiter geführt wird.

Dem Bericht der englischen Fabrikinspektion von 1900 ist zu entnehmen, daß die Zahl der eingetragenen Fabrikbetriebe im Berichtsjahre von 91 571 auf 95 664, und die der Beschäftigten von 134 185 auf 137 648 gestiegen ist. Die Zahl der schweren Unfälle, über die die englischen Fabrikinspektoren mit berichten, betrug im Berichtsjahre 27 704, gegen das Vorjahr eine Zunahme von 4933 oder 21,7 pSt. Diese schweren Unfälle werden von dem behandelten Arzt bescheinigt; die leichten Anfälle werden nur dem Aufsichtsberechtigten angezeigt. Die letzteren erreichten die Höhe von 51 816, gegen 1899 ein Mehr von 3327 oder 6,9 pSt. Von den schweren Unfällen hatten 1045 den Tod zur Folge, eine Steigerung um 174 oder 20 pSt. — Ueberzeitarbeit wurde von 13 903 Betrieben berichtet und betraf 159 237 Personen, gegen das Vorjahr eine Abnahme um 0,7 pSt. Die Einschiffung der Truppen nach Südafrika machte in den Regierungswerkstätten Ueberzeitarbeit sogar der Frauen und jugendlichen Personen nöthig.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Den Zahlstellen Coswig und Gröbplingen wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, einen lokalen Beitrag von 10 M pro Monat vom 1. September d. J. ab zu erheben.

Auf Antrag der Zahlstelle Apolda wurde der Tischler Karl Schmidt, geb. am 12. November 1844 zu Brandenburg, wegen falscher Denunziation und Verleumdung aus dem Verbands ausgeschlossen.

Stuttgart, 7. September 1901.

Der Vorstandsvorsitzende.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Bremen. In unserer am 24. August abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde uns von dem Gauvorstand, Richard Schmidt, ein Referat über: „Die Organisationsbestrebungen der christlichen Arbeiter“ gehalten. Redner führte aus, daß man als Vorbild für die heutige christliche Gewerkschaftsbewegung die in der 60er und 70er Jahren sich abspielende christlich-soziale Bewegung betrachten könne. Redner erläuterte des Näheren die christlich-soziale Bewegung und zeigte dann, wie sich allmählig die heutige christliche Gewerkschaftsbewegung entwickelt hat und wie dieselbe, im Gegensatz zu der christlich-sozialen Bewegung, sich von der geistlichen Leitung emanzipiert und auf eigene Füße gestellt habe, zu dem Bedauern und Segen ihrer ehemaligen Gründer. Redner weist darauf hin, wie man es in der Leitung nicht aus den Händen geben zu müssen, es in erster Linie mit Fachleuten in den katholischen Gewerkschaften verhalte. Diese Versuche waren aber für die Arbeiter nicht zufriedenstellend, und so entschloß man sich zur Gründung von gewerblichen Berufsvereinen. Jedoch sollten dieselben als ein Gegengewicht gegen die sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften gelten. Sie sollten auf dem Wege des Friedens die Beseitigung der Lage der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete erreichen; aber nur nicht durch Arbeitsverweigerung, denn der Streik war bei ihnen verpönt. Die praktischen Erfahrungen hätte diese Gewerkschaften jedoch gelehrt, wie es zu der Friedensliebe der Unternehmer führe.

Die einsichtigeren Leute, speziell unter den Führern, hätten gesehen, daß man, durch die Verhältnisse gezwungen, jede Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen erkämpfen müsse, ferner, daß zu diesen Kämpfen Geldmittel und eine gut funktionierende Organisation nöthig seien. So hätten die christlichen Gewerkschaften fast die gesammten Einrichtungen unserer Gewerkschaften nachgemacht. Die Führer weisen in zunehmendem Maße die Masse der christlichen Arbeiter auf die Beitragsleistung der Mitglieder der freien Gewerkschaften hin und fordern zur Nachahmung auf, indem nur durch hohe Beiträge leistungsfähige, für die Arbeiter nützliche Organisationen geschaffen würden. Redner meint, daß die christlichen Organisationen schon ein gutes Stück vorwärts gekommen seien auf dem Wege, der voll und ganz zur Erkenntnis des Klassenkampfes führt. Wir hätten keine Ursache, in schroffer Weise diese Organisationen zu bekämpfen, sondern da, wo es irgend möglich, durch ein gemeinschaftliches Zusammenwirken den Boden vorzubereiten, auf dem in späterer Zeit die Verschmelzung stattfinden könne. Redner ist der Meinung, daß, wenn das Zentrum die Protomacher-Politik der Regierung akzeptiere, es sich die christlichen Gewerkschaftsorganisationen entfremde und dadurch den Massen der christlichen Arbeiter die Augen geöffnet würden, um zu erkennen, wo sie ihr Heil zu suchen haben.

Münster. Als vor zwei Jahren die Tischler-Zwangszimmung gebildet wurde, mußte natürlich auch ein Gesellenauschuss gewählt werden, weil — es das Gesetz verlangt. Es war damals ein Leichtes, die Riste des Holzarbeiterverbandes durchzubringen. Nachdem nun dieser Gesellenauschuss während zweier Jahre „gewirkt“ hat, mußte laut Gesetz die Hälfte ausscheiden, und war zwecks Neuwahl für Sonntag, den 1. September, seitens des Innungsvorstandes eine Versammlung einberufen. In dieser Versammlung gab zunächst der Vorsitzende des Gesellenauschusses trotz Einspruches des Versammlungsleiters einen Bericht über die Thätigkeit oder richtiger aufgezwungene Unthätigkeit des Ausschusses. Dieser Bericht gestaltete sich zu einer herben Kritik der Geschäftsführung des Innungsvorstandes, soweit der Gesellenauschuss in Frage kam. Hervorgehoben sei nur, daß während der zwei Jahre der Gesellenauschuss nicht ein einziges Mal zu einer Innungsversammlung eingeladen wurde. Weiter beauftragte eine öffentliche Holzarbeiterversammlung den Gesellenauschuss, bei der Innung zwecks Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit vorstellig zu werden. Nachdem dies geschehen, gab der Obermeister der Innung die Zusicherung, daß diese Sache in der im Januar stattfindenden Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, theilte aber unter'm 9. März mit, daß der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt wurde und nun im April verhandelt werden sollte. Wir erfuhren jedoch später privatim, daß über die Sache nicht verhandelt wurde, auch nicht verhandelt werden soll, da sich die Innung mit solchen Sachen nicht befassen dürfe, das sei Sache jedes Einzelnen! So verfahren die Innungshelden mit den Anträgen der gesetzmäßigen Vertreter der Arbeiter! Endlich sei noch als Kuriosum erwähnt, daß am 13. Juli zwei Mitglieder des Ausschusses mit zwei Vertretern der Innung zusammenberufen wurden, um einen die Gesellenprüfung betreffenden Entwurf zu beraten, der schon am 1. April durch Publikation des Innungsvorstandes in Kraft getreten war. Daß die Kommission Vänderungen an dem Entwurf vornahm, hat natürlich mit der Sache selbst nichts zu thun, wenigstens wird hierüber keine Erwähnung auf der Handwerkskammer lustig weiter verlauscht! Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß die ausscheidenden Mitglieder des Gesellenauschusses ihre Wiederwahl, die der Versammlungsleiter empfahl (!), einmüthig ablehnten. Da aus der Versammlung heraus Vorschläge zur Wahl nicht gemacht wurden, sich auch auf die Aufforderung des Vorsitzenden hin Niemand freiwillig zu dieser unwürdigen Rolle meldete, mußte der gute Mann seine sieben Sachen zusammenpacken und unverrichteter Sache nach Hause gehen. Und wenn demnächst die Tischlerinnung verbittertermaßen zu Grabe getragen wird, wie hier schon einige andere Zwangsinnungen, so werden ihr die Arbeiter keine Thräne nachweinen.

Wieling. Um hier eine Zahlstelle des Verbandes in's Leben zu rufen, fanden mehrere Versammlungen statt. In der ersten sprach Kollege Seifert-Mannheim. In eingehender Weise führte er den Anwesenden die verbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor Augen und betonte, daß nur die Kollegen selbst dieselben bessern könnten. Der Einzelne sei dazu nicht im Stande, aber Einigkeit mache stark. Am 1. September war Kollege Sönig aus Heidelberg hier, um den Kollegen nochmals den Zweck und Nutzen des Verbandes nachzuweisen. Hierauf erklärte sich eine Anzahl der Anwesenden bereit, dem Verbands als Mitglieder beizutreten, und die Wahl einer Verwaltung konnte vorgenommen werden. Da von den circa 100 am Orte thätigen Holzarbeitern erst 19 beigetreten sind, bleibt noch ein weites Feld für die Agitation. Wir hoffen aber, daß es nicht lange währen wird, bis auch die noch abseits stehenden Mitarbeiter sich uns anschließen werden; erst dann wird es möglich sein, einen größeren Einfluß auf die günstigere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben.

Wärzburg. Die hiesigen Unternehmer fangen so nach und nach auch an, in das Stumm'sche Scharfmacherhorn zu blasen, indem sie den schlechten Geschäftsgang dazu benutzen wollen, um ihre Arbeiter zu willigen Sklaven zu machen. Gegen Ende Juli erklärten einige Unternehmer, daß ab 1. August Samstags wieder bis 6 Uhr Abends gearbeitet wird. Die hiesigen Schülern haben in der guten Konjunktur in den größeren Geschäften theilweise die 57stündige, theilweise die 59stündige Arbeitszeit eingeführt, und nun sollte auf einmal wieder Alles rückgängig werden. In zwei Holzarbeiterversammlungen wurde die Sache reiflich besprochen und beschlossen, an der bisherigen Arbeitszeit festzuhalten. Es ist nicht zu beschreiben, wie sich die Herren Unternehmer mitunter geberdeten, als die Arbeiter sammt und sonders um 5 Uhr aufhörten. Herr im Hause sein, Posten holen lassen, hinauswerfen usw. konnte man verschiedenartig hören. Sie liegen auch nicht nach und verlangten: entweder wird Samstags bis 6 Uhr gearbeitet, oder es ist schon um 12 Uhr Mittags Schluß. Hierauf wurde dann auch beschlossen, um 12 Uhr aufzuhören. Leider hielten nicht Alle Stand. Die Kollegen der Kaufirma S c e r t fielen gleich bei dem ersten Schlage um. Ihnen folgten die Kollegen der Musterwerkstätte von S c h e n k und neuerdings sollen auch die Leute von F r i s c h e i s u n g e f a l l e n s e i n . Letztere sind zum großen Theil Arbeitswillige, die sich bei dem Streik voriges Jahrjahr

auszeichneten. Im Ganzen ist der Sieg so ziemlich auf unserer Seite. In der Möbelfabrik von B i l l i g h e i m e r O s t b e r g und dem Baugeschäft L u k a s S e i s i s t u m 12 Uhr Mittags Schluß. Bei Bogt und Buchner um 5 Uhr Abends, natürlich werden die Stunden in Abzug gebracht. Die Unternehmer haben uns auch noch insofern in die Hände gearbeitet, daß sie die schlaftrigen und gleichgültigen Kollegen etwas aufgeweckt haben und diese einsehen mußten, daß man auch in schlechten Zeiten der Organisation angehören muß. Zu bemerken ist noch, daß die Mitglieder des christliche Verbandes in allen Versammlungen anwesend waren und sich tapfer uns zur Seite stellten, es hat auch Manchem von ihnen eingeleuchtet, daß es mit der Harmonie der Arbeitgeber nimmer weit her ist.

Gautag des 4. Gaues,
abgehalten am 28. Juli in Oppeln.

Vertreten sind sämtliche 16 Zahlstellen des Gaues durch 26 Delegirte, der Gauvorstand ist vollzählig erschienen. Dem Geschäftsbericht, welchen Kollege B e r g m a n n erstattet, ist zu entnehmen, daß unter Mitwirkung des Gauvorstandes 47 Versammlungen stattfanden. Kollege R u n i s c h aus Düsseldorf referirte in 11 Orten. Differenzen, welche das Eingreifen des Gauvorstandes nöthig machten, fanden statt in: Freiburg, Jauer, Posen und Ratibor. Die Klassenverhältnisse für das erste Halbjahr stellen sich wie folgt:

Einnahme:	
Bestand vom vorigen Halbjahr	M. 20,55
Aus der Hauptkasse	" 900,—
Freiwillige Beiträge der Zahlstellen	" 50,—
Summa	M. 970,55
Ausgabe:	
Diäten und Fahrgehalt an Referenten	M. 770,25
Diäten und Fahrgehalt an sonstige Beauftragte ..	62,10
Für Druckfachen und Inserate	" 19,—
Porto und Schreibmaterial	" 12,75
Persönliche Verwaltungskosten	" 6,—
Sonstige Ausgaben	" 29,97
Summa	M. 900,07

Es verbleibt mithin ein Bestand von M. 70,48.

Beschlossen wird: Der nächste Gautag findet erst in 2 Jahren statt. Zahlstellen, welche 200 Mitglieder zählen, können zwei Delegirte wählen, und für je weiteren 200 einen Delegirten mehr. Eine längere Diskussion entspann sich über die eventuelle Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Während Kollege M e r t e r - W i e g n i k dieselbe bekämpfte, traten mehrere Delegirte aus Breslau und die aus Briesg und Freiburg für dieselbe ein. Eine Abstimmung darüber fand nicht statt, da kurz vor dem Verbandstage eine Urabstimmung unter den Mitgliedern stattgefunden hat. Beschlossen wird aber, daß vor der Urabstimmung jede Zahlstelle auf Wunsch einen Referenten erhält, der die Gründe für und gegen die Arbeitslosenunterstützung vorzutragen hat.

Die Anträge Breslau, den Delegirten M 4 Diäten aus der Gaukasse zu bewilligen und das Protokoll drucken zu lassen, wurden angenommen.

Der Vorsitzende Bergmann fordert nunmehr in einem kräftigen Schlußwort die Delegirten auf, durch regste Thätigkeit und Agitation in den Zahlstellen für die Erhaltung und Entwicklung des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu wirken. Durch die plötzliche allgemeine wirtschaftliche Krise sind wir in die Vertheidigung des Bestehenden gedrängt worden, an neue Errungenschaften sei momentan nicht zu denken. Die Organisation leidet selbstverständlich unter dem wirtschaftlichen Niedergang. Wo immer zugänglich, solle man Zumuthungen über Reduzierung der Akkord- oder Stundenlöhne, sowie Verlängerung der Arbeitszeit energig zurückweisen. Denn schwerer als die Vertheidigung des Bestehenden sei die „Wiedereroberung“.

Die heutigen Verhandlungen mögen gleichfalls zur Erhaltung des Verbandes nach innen und außen beitragen.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Herr Ph. Jung, Möbelfabrikant in Bruchsal, sucht in Lokalblättern sofort einige tüchtige Schreiner, bemerkt aber gleich dabei, daß solche, welche der Gewerkschaft angehören, nicht eingestellt werden. Jung hat schon früher einmal Mitglieder des Verbandes gemahregelt, es gelang damals dem Gauvorstand, Kollegen S e i f e r t, sowohl die Kollegen, welche sich mit den Gemahregelten solidarisch erklärt hatten, als auch Herrn Jung zu bewegen, die Kündigungen zurückzunehmen. Mittlerweile waren denn nach und nach sämtliche Tischler und Drechsler dem Verbands beigetreten, was den Herrn Jung demnach bedroht, daß ihn sofort wieder Entlassungswuth überfiel. Diesmal kamen zwei Kollegen an die Reihe, einer war 2 Jahre, der andere 6 Monate bei ihm beschäftigt. Sämtliche Kollegen erklärten sich solidarisch und reichten am 24. August ihre Kündigung ein.

Es wird also ersucht, Zuzug dringend fern zu halten.

Herrn Uhlemann in Schmölln war es bis jetzt nicht möglich, für die gemahregelten vier Kollegen Ersatz zu finden. Er war mehrere Tage auf der Suche und soll in Leipzig und wer weiß wo sonst noch gewesen sein. Die Kollegen werden wohl eher wieder Arbeit erhalten, als Uhlemann Arbeiter. Es ist aber erforderlich, und die Kollegen mögen die Lehre daraus ziehen, daß sich die Arbeiter sämtlicher Betriebe am Orte organisieren müssen, dann werden nicht nur die Maßregelungen der Fabrikanten zu Wasser gemacht, sondern auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden bessere werden; es darf nicht mehr vorkommen, daß die große Mehrzahl nicht im Holzarbeiterverband organisiert ist.

Aus den Bergen der Holzbrande.

Verkrüppelte Finger der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Kollegen. Unser hiesiger Bruderorgan „Der Holzarbeiter“ schreibt in seiner letzten Nummer: „Eine lehrreiche Statistik wurde neulich im Versammlungslokale der Gewerkschaft der bei Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter angestellt. Ein Genosse

wollte wissen, wie hoch der Prozentsatz der verletzten Finger bei diesen Arbeitern ist. Zu diesem Zwecke unterzog er die Finger von zehn Maschinenarbeitern einer Untersuchung. Anwesend waren 32 Arbeiter, und die zehn Untersuchten sind wahllos aus der Zahl der Untersuchten herausgegriffen worden. Von den 100 revidierten Fingern waren 27 verkrüppelt und verkrüppelt oder die Finger fehlten überhaupt. Also 27 Prozent verkrüppelter Finger. Das Maximum verkrüppelter Finger betrug bei einem Arbeiter sieben, das Minimum einen Finger. Hierbei darf nicht vergessen werden, daß auch die gesunden Finger manchen Defekt aufweisen. Daraus kann man ersehen, wie ungemein gefährlich die Arbeit in den Stabziehereien ist. Von den zehn untersuchten Arbeitern war einer wenig älter als 20 Jahre. Ihm fehlen drei Finger der linken Hand. Ein Genosse machte die Bemerkung, daß die 27 Prozent der verkrüppelten Finger kein so ungünstiges Resultat seien, bei anderen zehn Arbeitern würde noch ein höherer Prozentsatz herauskommen. Die Stabziehereien sind wahre Knochenmühlen, im hohen Grade gefährlich für die gesunden Glieder der Arbeiter. Soll dies anders werden, dann müßten noch ganz andere Schutzvorrichtungen eingeführt werden als diejenigen, die heute verwendet oder auch nicht verwendet werden.

Ob es den in deutschen Holzbearbeitungsfabriken an Maschinen thätigen Kollegen wohl besser ergehen sollte?

Die Wagnermeister Münchens, soweit sie der Zwangsordnung angehören, beabsichtigen, den Gehülften eine Arbeitsordnung (man kann das Ding auch einen Arbeitsvertrag nennen) aufzubringen, in der in § 3 steht, daß die Gehülften auf die Vergünstigungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches verzichten. Die Gehülften haben dazu in einer Versammlung Stellung genommen und in einer Resolution erklärt, daß sie Arbeitsverträge von der Zwangsordnung so lange nicht anerkennen, als diese nicht in Gemeinschaft mit dem Gesellenauschuß beraten sind und die Zustimmung der Gehülften gefunden haben. Die Gehülften werden also weitere Schritte der Wagnermeister in aller Ruhe abwarten.

Die Leipziger Stellmachermeister sind an der Arbeit, die ihren Gesellen vor Kurzem gemachten Zugeständnisse in Bezug auf die 9½stündige Arbeitszeit wieder zu mopsen. In der letzten Sitzung des Innungsvorstandes ist erklärt worden, daß allgemein vom 1. Oktober die zehnstündige Arbeitszeit wieder eingeführt werden solle. Eine Firma in Plagwitz hat diesen Beschluß jetzt schon zur Ausführung gebracht. Die Firma Treibt hat, entgegen dem „guten“ Beispiele der Plagwitzer Firma, ihren Arbeitern die 9½stündige Arbeitszeit zugestanden. Sonderbar ist, daß damals die Innungsmeister die bewilligten Minimalforderungen öffentlich in den Zeitungen bekannt machten, um unter Hinweis auf dieselben höhere Preise zu erzielen und jetzt, nachdem sie ihren Zweck teilweise erreicht haben, fangen sie an mit der Abbrüdelung der geringen Zugeständnisse. Das heißt mit anderen Worten: Unter Vorpiegelung falscher Thatsachen haben sich die Leipziger Stellmachermeister auf Kosten der Gehülften und des laufenden Publikums unrechtmäßige Vorteile zu verschaffen gewußt. Daß solchen Elementen seitens der hintergangenen Gehülften keine Achtung gezollt werden kann, ist sicher. Die Gehülften werden gut thun, sich die Selbsthaten ihrer Arbeitgeber recht tief in's Gedächtnis zu prägen.

Unternehmer-Terrorismus. Die Würzburger Schreinermeister haben anlässlich der Differenzen, die sie selber herbeiführten, Verträge unter sich abgeschlossen, wo sie unter Anderem festlegten, keinen Schreiner mehr innerhalb eines Jahres einzustellen, der sich etwa erlauben würde, auf Grund der Einführung von längerer Arbeitszeit aufzuhören, es soll sogar eine ziemlich hohe Konventionalkasse darauf festgelegt worden sein. Hier wäre das Buchhausgesetz wieder einmal sehr gut am Platze.

Die Holzblödhauer Bremens befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie fordern: M. 25 Minimallohn, 15 pZt. Aufschlag für die bis jetzt in Arbeit stehenden unter Verbeibaltung der bisherigen Arbeitszeit. Für Ueberstunden 10 pZt., für Sonntagsarbeit 20 pZt. Aufschlag pro Stunde. Vor den großen Feiertagen um 4 Uhr Feierabend ohne Abzug vom Lohn. Anerkennung unserer Stellenvermittlung. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Die Münchener Pianofortefabrik (Akt.-Gesellschaft), Weimar, erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Gewinn-Ueberschuß von M. 55 224, der die Vertheilung einer Dividende von 6 pZt. (gegen 5 pZt. im Vorjahr) möglich macht. Es gelangten im abgelaufenen Geschäftsjahre 542 Pianos zum Versandt gegen 507 im Vorjahre.

Von der günstigeren Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im Geschäftsjahre ist nichts bekannt geworden.

Die Lage des schlesischen Holzhandels scheint zur Zeit nicht die beste zu sein. Nachdem bereits vor einiger Zeit zwei bedeutende Holzgeschäfte in Beuthen (O.-S.) den Konkurs anmelden mußten (Emil Guttmann & Co. und R. Krause), sind nach der „Breslauer Ztg.“ in Rattowitz die Kommandit-Gesellschaften Ludwig Sachs & Komp. und A. Bromolowski in Zahlungsverlegenheiten gerathen. Die Passiva bei Sachs betragen M. 240 000, bei Bromolowski M. 50 000. Diesen Schulden standen jedoch bei beiden Firmen ganz geringfügige Aktiva gegenüber. Ein außergerichtlicher Vergleich von 20 pZt. sei in beiden Fällen nicht zu Stande gekommen; man erwarte in untrübseligen Kreisen auch noch weitere und bedeutendere Zahlungsseinstellungen in der Holzbranche. Die Ursachen dieser plötzlichen Zurückhaltung der Banken, die die Diskontierung von Geschäftsbuchhalten einstellten. Freilich darf nicht verschwiegen werden, sagt die „Bresl. Ztg.“, daß die Banken unter den heugültigen bei ihnen vorkommenden Diskonten viel Gefälligkeit akzeptieren Holzhändler vermuthen, was auch zutreffen dürfte. Auch dieser Sach zeigt, auf wie schwindelhafter Basis manche Geschäfte aufgebaut werden. Nun jede Aussicht auf günstige Profite schwindet, stürzen solche Unternehmungen zusammen und reizen sehr oft selbst solide Geschäfte mit in den Abgrund. Am schwersten haben dann die Arbeiter zu büßen,

durch deren Ausbeutung in günstigen Zeiten selbst die faulsten Unternehmungen sich fette Profite und Kreditwürdigkeit verschafften. Die Herren Wechselreiter machen im günstigsten Fall Pleite, unter Umständen akkordiren sie aber mit ihren Gläubigern ganz profitable Vergleiche, die Arbeiter aber müssen durch Verschlechterung ihrer Lebenslage und durch Arbeitslosigkeit diese Sünden der kapitalistischen Ordnung büßen.

Die erhöhten Holzpreise im neuen Zolltarifentwurf haben auch die Parketfabrikanten auf die Beine gebracht. Ueber den Zoll in dieser Branche schreibt eine Münchener Firma: Die von zahlreichen deutschen Parketfabrikanten an das Reichsamt des Innern gerichtete Eingabe mit der Bitte: „Noch Eichenkriesen im neuen Zolltarifentwurf nicht schlechter zu behandeln wie die weit werthvolleren Eichenfahnduben hat leider keine Berücksichtigung gefunden. Parketfabrikanten, Parketbodenheile (Stabholz) bezahlen gegenwärtig an Eingangszoll

pro 100 kg M. 0,20 oder 1 Festm. = M. 1,20 und ist im neuen Zolltarifentwurf eingestellt mit Nr. 82: pro Doppelzentner M. 0,30 für Eichenholz, M. 0,40 von anderem Holz, welcher erhöhte Satz 50—100 pZt. schließlich auch für Eichenkriesen angenommen werden könnte. Man muß im Auge behalten, daß Parketkriesen in ganz kleinen Dimensionen 0,25—1,00 m lang, 7—13 cm breit, geliefert werden, die als Abfallholz bei der Erzeugung von Waggonbauholz, Parketfabrikanten u. abfallen und in Deutschland nicht zu haben sind. Es werden hierfür dormalen an Eingangszoll erhoben: Hof. 13/III in der Richtung der Längsachse gesägt, nicht gehobelte Bretter pro 100 kg = M. 0,80 oder 1 Festm. M. 4,80, dagegen ist im neuen Entwurf unter Nr. 75 beantragt:

1 dz M. 1,25	oder 1 Festm. M. 10 hartes Holz,
1 " 1,25	1 " 7,50 weiches Holz,

überdies soll für „gedämpftes“ oder „imprägnirtes“ Holz noch ein Zuschlag erhoben werden

1 dz 30 pZt.	oder 1 Festm. M. 2,40 hartes Holz,
1 " 40	weiches Holz.

Es wird demnach nach dem neuen Tarif an Eingangszoll zu bezahlen sein:

für 1 Waggon 10 000 kg Eichenkriesen nach dem Gewicht M. 125, nach dem Festmeter, durchschnittlich 18 cbm à M. 10, M. 180,
für 1 Waggon 10 000 kg gedämpfte Buchenkriesen nach dem Gewicht M. 165, nach dem Festmeter, 13 cbm à M. 12,40, M. 161,20.

während bisher bezahlt wurden für 1 Waggon 10 000 kg, durchschnittlich 18 cbm Labung à M. 4,80 = M. 86,40, so daß für Eichenkriesen mehr als das Doppelte, für Buchenkriesen, gedämpfte, aber M. 100 pro Waggon mehr als vorher, zirkel das 1½fache oder 150 pZt. mehr, für Eingangszoll zu erlegen wären. — Da alle in der Parketbranche notwendigen Materialien, als das sind Drahtstifte, Wachs, Leinöl ebenfalls mit höheren Zöllen behaftet sind, die Mehrbelastung aber ganz unmöglich auf die Konjumenten abgewälzt werden kann, werden diese bei erhöhten Preisen für Klemmböden mehr und mehr Linoleum verwenden.

Der Münchener Fabrikant wünscht dann — aus „Selbsterhaltungstrieb“ natürlich — daß das Linoleum höher verzollt werde. — Diesen Wunsch hätte sich die Firma ersparen können, denn die Linoleumindustrie soll auch bluten und zwar derart, daß der Verband Deutscher Linoleumfabriken eine Eingabe an den Bundesrath plant, die auf das Bedenkliche der Erhöhung der Zölle auf die wichtigsten Rohmaterialien dieser Industrie hinweisen soll.

Die Spielwaarenindustrie und die Handelsverträge. Der neue Zolltarif ist, wie für viele Exportindustrien, besonders auch für die deutsche Spielwaarenindustrie eine große Gefahr.

Die deutsche Spielwaarenindustrie ist vorwiegend Exportindustrie. Der Werth der von ihr hergestellten Erzeugnisse wird auf jährlich etwa 70 Millionen Mark geschätzt; hiervon sind im vergangenen Jahre für 53½ Millionen Mark in's Ausland gegangen, davon nach England und den englischen Kolonien für 24 Millionen Mark, nach den Vereinigten Staaten für 14½ Millionen Mark. Diese Industrie hat deshalb das größte Interesse an dem Abschluß neuer Handelsverträge, weil ihr ohne solche der Lebensfaden direkt abgeschnitten werden würde. Und was das bedeutet, geht aus einer solchen veröffentlichten Brochure des besten Kenners dieses Industriezweiges, Professor Dr. Anschütz, hettelt: „Die Spielwaarenindustrie“, hervor, die die Zahl der in dieser Industrie in Deutschland ernährten Personen auf 60—70 000 angiebt. Im Kreise Sonneberg in Thüringen, einem der Hauptstühle der deutschen Spielwaarenindustrie, dessen Handelskammersekretär der Autor ist, ist die volle Hälfte der Bevölkerung wirtschaftlich direkt von der Blüthe dieser Industrie abhängig. Mit der Annahme des agrarischen Zolltarifs würden seitens der Vertragsstaaten gegen die deutsche Exportindustrie zur Abwehr derartig hohe Kampfzölle zur Einführung kommen, daß ihre Konkurrenzfähigkeit untergraben wäre. Und was das bedeutet, lehrt ein Blick auf die deutsche Spielwaarenindustrie, wo die ohnedies traurige Existenz der Arbeiterschaft direkt gefährdet ist.

Die Fabrikation photographischer Artikel wird unter dem geplanten neuen Zollgesetz ganz besonders zu leiden haben. Die Industrie der photographischen Apparate ist vom Weltmarkt in hohem Maße abhängig insofern, als sie nicht nur größtentheils mit dem Bezug ihrer Rohmaterialien auf das Ausland angewiesen ist, sondern vor Allem auch die gesamte Welt mit ihren Produkten versieht. So hat die Fabrikation der Trockenplatten die frühere Konkurrenz Englands und Belgiens in Deutschland vollkommen geschlagen, und etwa zwei Drittel aller in Deutschland hergestellten Trockenplatten gehen heute in's Ausland. In gleicher Weise hat die deutsche Fabrikation photographischer Papiere die früher für unübertrefflich gehaltenen ausländischen, namentlich amerikanischen, bereits zum großen Theile verdrängt und setzt ihre Produkte zu neuem und auf dem Weltmarkt ab. Die photographischen Chemikalien werden nahezu für den Bedarf aller Kulturländer in Deutschland hergestellt, und die Artikel unserer photographischen Optik haben, wenigstens was die besseren Qualitäten anbelangt, ebenfalls der ausländischen Fabrikation den Rang abgelaufen. Daß mit der Konkurrenzfähigkeit, die der

photographischen Berufsindustrie durch Vertheuerung der Rohmaterialien entsteht, auch die Fischerei, soweit sie die photographischen Apparate, wie Cameras, anfertigt, in Mitleidenenschaft gezogen wird, ist unausbleiblich. Es läge also auch im Interesse der in diesem Beruf thätigen Arbeiter, wenn nicht höhere Zölle, sondern einfach die Erneuerung der Handelsverträge gefordert würde. Diese sind für die photographische Industrie von ganz besonderer Wichtigkeit, denn der ausländische Absatz unserer deutschen Produkte könnte gerade in dieser Branche verdoppelt und verdreifacht werden, wenn die theilweise exorbitanten Zölle, welche das Ausland, namentlich die amerikanische Union, darauf gelegt hat, entsprechend ermäßigt werden würden.

Die Holzschmitzindustrie der Schweiz wird durch den neuen Zollentwurf ganz gewaltig geschädigt. Während schweizerische Holzschmitzwaren an der Grenze Deutschlands pro Doppelzentner nur M. 10 Zoll kosteten, ist im neuen Entwurf ein Eingangszoll von M. 30 vorgesehen. Das „Holz“, ein schweizerisches Fachblatt, schreibt dazu: „Hierbei hat man zu beachten, daß die Schmitzereien oft nicht nach dem für sie vorgesehenen Ansatze, sondern nach höheren Satzen verzollt werden müssen, weil damit Uhren, Spiegelrahmen u. verbunden sind, Gegenstände, deren Eingangszoll nach dem deutschen Entwurf ebenfalls vervielfacht werden soll. Die Berner Blätter betonen, die Bundesbehörde müsse sich wehren, wenn der Export von Holzschmitzereien nach Deutschland nicht nachgerade verunmöglicht werden soll.“ So tobt der Kampf auf beiden Seiten bis zum Verbluten, anstatt durch Handelsverträge beiderseitig zufriedenstellende Ausgleich zu schaffen.

Proteste gegen unsere Mahnung zum Generalstreik der Glasarbeiter.

Die Vertikation der Zahlstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes mißbilligt die Veröffentlichung des Artikels: „Eine Mahnung zum Generalstreik der deutschen Glasarbeiter“ in Nr. 85 der „Holzarbeiter-Zeitung“. Sie ist der Ansicht, daß die Veröffentlichung solcher Artikel während des Kampfes einer Gewerkschaft oder einer Branche geeignet ist, sowohl den Muth und die Zuversicht der Unternehmern zu stärken, wie die geflüsterliche Verbreitung dieses Artikels durch die Unternehmern zeigt, als auch deprimierend auf die kämpfenden Arbeiter einzuwirken.

Die Ortsverwaltung. NB. Die Ortsverwaltung war der Ansicht, daß der Redaktion nichts im Wege stand, dem Vorstand unseres Verbandes, wie auch der Generalkommission ihre Ansicht über den Stand und Verlauf des Glasarbeiterstreits mitzutheilen und dahingehende Schritte oder Einwirkung auf die Leiter des Glasarbeiterverbandes zu wünschen.

Eine Mitgliederversammlung in Bielefeld nahm folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt: So sehr es das selbstverständliche Recht, als auch die Pflicht eines Gewerkschaftsorgans ist, in allen Fragen und Kämpfen sich selbstständig zu äußern, muß doch das Verhalten der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ als taktisch unrichtig und den Kampf der Glasarbeiter auf's Schwerste schädigend, entschieden zurückgewiesen werden. Die Versammlung bedauert, daß ein dem wirtschaftlichen Klassenkampfe dienendes Organ, jeden sachlichen Tattgefühls bar, den um ihr Menschenrecht ringenden Glasarbeitern durch ihren sachlich falschen Artikel hindernd in den Weg getreten ist. Die Versammlung erklärt weiter: Da ein Generalstreik nicht von heute auf morgen entschieden wird, traut sie den Glasarbeitern und sonst kompetenten Korporationen volle Einsicht in das wirtschaftliche Getriebe zu, um im richtigen Zeitpunkt die vollen Interessen der Arbeiterbewegung zu wahren.“

Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Flensburg spricht ihre schärfste Mißbilligung über den Artikel: „Eine Mahnung zum Generalstreik der deutschen Glasarbeiter“ in Nr. 85 der „Holzarbeiter-Zeitung“ aus. Sie erklärt, daß der Generalstreik der Glasarbeiter weder unbedeutend noch aussichtslos ist, und steht in dieser Hinsicht entschieden nicht auf dem Standpunkt, der in dem betreffenden Artikel zum Ausdruck kommt. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie nach wie vor verspricht, die ausständigen Glasarbeiter mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Wilsdruff bei Dresden verurtheilt einmüthig, daß ein Gewerkschaftsblatt den kämpfenden Glasarbeitern in dieser Weise Knüppel zwischen die Beine schiebert. Die Versammlung erwartet, daß unsere Zeitung in Zukunft zu einem einmal zur Thatsache gewordenen Streik eine andere Stellung einnimmt.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Kupferchemie Hamburgs ist nunmehr nach 17wöchiger Dauer ohne Erfolg für die Streikenden beendet worden. Schon die lange Dauer dieses Kampfes ließ jeden Erfolg aussichtslos erscheinen, dann aber war es den Unternehmern mit der Zeit gelungen, eine größere Anzahl von Streikbrechern heranzuziehen, und wenn ihre Qualität auch meist sehr gering war, so waren doch die Unternehmern in den Stand gesetzt, sich mit ihnen, wenn auch nothdürftig, behelfen zu können. Dann wirkte die lange Dauer des Streiks sehr entmutigend auf die Streikenden selbst, daß die Beendigung des Streiks nothwendig wurde. Die allgemeine wirtschaftliche Depression macht sich selbst in solchen Gewerben für die Arbeiterschaft nachtheilig bemerkbar, die noch gut beschäftigt sind, so daß auch die Lohnbewegungen erfolglos verlaufen.

Der Verbandstag der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands, der vom 17. bis 21. August in Gaer tagte, nahm nach einem Referate Tischendorf's über Tarifgemeinigkeiten eine Resolution an, in der die Bereitwilligkeit des Verbandes ausgeprochen wurde, mit den Arbeitgebern bezw. mit den

Arbeitgeberverbänden eine Tarifgemeinschaft einzugehen. Zur Herbeiführung derselben wird der Vorstand beauftragt, entsprechende Anträge an die Arbeitgeberverbände zu stellen, und alle derartigen Bestrebungen thätig zu unterstützen.

Der Formerverband hat nunmehr seine Urabstimmung über den geplanten Uebertritt zum Metallarbeiterverband beendet. An derselben beteiligten sich von 6724 Mitgliedern 3944, von denen 3011 für, 930 gegen den Uebertritt stimmten.

Ein Kongress der Feinwerkzeuge Deutschlands soll diesen September in Berlin stattfinden. Die Inhaber der Reinigungsanstalten sind mit den Vorarbeiten zur Gründung einer entsprechenden Unternehmerorganisation beschäftigt.

Der Glaserverband nimmt am 29. September unter seinen Mitgliedern wiederum eine Arbeitslosenprüfung vor. Ferner hat der Vorstand des genannten Verbandes beschlossen, zur Sanierung seiner Kassenverhältnisse im 3. Quartal eine Ergänzsteuer von 50 % zu erheben.

Keine Arbeitslosenunterstützung im Zimmererverband. Der Vorstand des Verbandes hat in der Zeit vom 4. bis 11. August, einem Beschluß der letzten Generalversammlung zufolge, die Urabstimmung über die Frage, ob der Verband die Einführung der Arbeitslosenunterstützung einführen solle, vorgenommen.

Der Verband der Sattler und verwandten Berufsleute nimmt in der Zeit vom 28. September bis 12. Oktober unter seinen Mitgliedern eine Urabstimmung vor über die Frage, ob vom 1. November d. J. resp. vom 1. Januar 1902 ab im Verband eine Erhöhung der Beiträge um 5 resp. 10 % pro Woche und die Einführung der Arbeitslosenversicherung erfolgen soll.

Was aus Abmachungen gewisser Unternehmer zu geben ist. Die „Sattler-Zeitung“ theilt mit, daß die Berliner Sattlermeister mit ihren Arbeitgebern vereinbart hatten eine 5prozentige Lohnerhöhung und Zuzahlung sonstiger kleiner Wünsche in Bezug auf familiäre Einrichtungen in den Werkstätten.

Der niederösterreichische Weberverband (Lokalitäten), der an die Kommission der Reichsanstalt-Zentralisation angeschlossen ist, hielt kürzlich seine diesjährige Generalversammlung ab. Auf derselben waren 24 Filialen durch 71 Delegierte vertreten.

Textilarbeiterverband einging. Den Sieg trug der letztgenannte Verband davon. Das Rechnungsjahr schließt mit einem Defizit von ca. M 4000. Ein Antrag des Vorstandes auf Beitragshöhung wurde abgelehnt mit der Motivierung, daß dann noch mehr Mitglieder abspringen würden.

Die Zahl der Mitglieder evangelischer Arbeitervereine. Nach der neuesten Statistik dieser Vereine, die zwar noch unvollständig ist, aber doch schon ein annähernd genaues Resultat erkennen läßt, sind in der evangelischen Arbeiterbewegung noch fast 77 000 Mitgliedern nur rund 40 000.

„Also die Arbeiter machen in jenen „Arbeitervereinen“ nur gut die Hälfte aus! Und diese Hälfte vertheilt sich auf 400 Vereine über ganz Deutschland hin und auf die verschiedensten Arbeiterberufsarten. Wer da noch von einer entfernten Möglichkeit reden will, daß die evangelischen Arbeitervereine die Gewerkschaftsbewegung nicht nötig hätten, weil sie selbst im Stande wären, gewerkschaftliche Aufgaben zu erfüllen, dem ist eben nicht zu helfen.“

Streiks in Grifflischen und Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften. In einer Besprechung der Streikstatistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wissen die „Mittheilungen des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften“ (Nr. 9) festzustellen, daß „nach einer recht mangelhaften Statistik“ die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1900: 153 Lohnbewegungen, bei welchen es in 47 Fällen zum Ausstand kam, aufzuweisen hatten.

Internationaler Streikstatistik. Die Zahl der Streiks in Deutschland, England und Frankreich ist nach der Zusammenstellung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ von 131 im Juni auf 86 im Juli zurückgegangen. Die Zahl der Streikenden in England und Frankreich fiel von 18 006 auf 13 637, während sie in Deutschland infolge des Ausstandes der 3000 Flaschenarbeiter in der Vierteljahrszählung jedenfalls ein Steigen ergeben wird.

Das Gewerkschaftskartell — als Steuerzahler. Schon jüngst berichteten wir nach der „Bildhauer-Ztg.“, daß in Weichen in Oberschlesien ein Bildhauer in seiner Eigenschaft als Verwalter des Zentralverbandes der Bildhauer zur Gewerbesteuer herangezogen worden war und es erst einer Belehrung des dortigen Steuerbureaus durch den so Betroffenen bedurfte, ehe dieses von einer derartigen Besteuerung abließ.

„Na, da haben sie ja einen Dummen gefunden.“ Diese Worte, welche ein Streikender der Firma Lentke in Liegnitz angeblich in Bezug auf einen Arbeitswilligen ausgesprochen haben soll, gaben dem Landgericht in Liegnitz Veranlassung, eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen wegen Ehrverletzung auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung auszusprechen.

jeder politische Verein, jeder Regel- und Statut, ja schließlich jede Kaffeeklatschgesellschaft kann danach zur Steuer herangezogen werden, sobald die Staatskasse zum Plätzen voll wird. Der Fiskus sollte sich diesen neuen Gedanken einfach patentieren lassen.

Die Vertreter der österreichischen Gewerkschaften beim Ministerpräsidenten. Unter Führung des Reichstagsabgeordneten Schuhmeier sprachen der Genosse Queber als Vertreter der Gewerkschaftskommission und Genosse Schiegl für den Verband der Buchdrucker beim Ministerpräsidenten vor, um ihm die Beschwerdebüchlein über die in letzter Zeit zahlreich erfolgten Verhaftungen und Aburtheilungen von auf der Reise befindlichen Gewerkschaftsmitgliedern zu überreichen.

Gen darmen als Arbeiterführer in Rußland. Je mehr die Arbeiterbewegung in Rußland Fortschritte macht, desto deutlicher tritt die Tendenz der Regierung hervor, durch kleine Zugeständnisse an die Arbeiterklasse die Arbeiterbewegung vor dem schädlichen Einfluß der sozialdemokratischen „Agitatoren“ zu bewahren und sie in das ruhigere Fahrwasser einer legalen Bewegung zu lenken.

Polizeiliches und Gerichtliches. Die Gewerkschaften wieder einmal zur Abwechslung „Versicherungsanstalten“. Die Polizeibehörde in Magdeburg hat dem Bevollmächtigten der Zahlstelle des Schuhmacherverbandes daselbst folgendes Strafmandat zugestellt: „Wegen Uebertretung des § 360 Nr. 9 Reichsstrafgesetzbuch und § 1 des Gesetzes vom 17. Mai 1853 werden Sie in eine Strafe von M 3, an deren Stelle ein Tag Haft tritt, genommen.“

Die Gewerkschaften wieder einmal zur Abwechslung „Versicherungsanstalten“. Die Polizeibehörde in Magdeburg hat dem Bevollmächtigten der Zahlstelle des Schuhmacherverbandes daselbst folgendes Strafmandat zugestellt: „Wegen Uebertretung des § 360 Nr. 9 Reichsstrafgesetzbuch und § 1 des Gesetzes vom 17. Mai 1853 werden Sie in eine Strafe von M 3, an deren Stelle ein Tag Haft tritt, genommen.“

„Na, da haben sie ja einen Dummen gefunden.“ Diese Worte, welche ein Streikender der Firma Lentke in Liegnitz angeblich in Bezug auf einen Arbeitswilligen ausgesprochen haben soll, gaben dem Landgericht in Liegnitz Veranlassung, eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen wegen Ehrverletzung auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung auszusprechen.

Abrechnung der Central-Kassen- und Sterbekasse deutscher Holzbauer (e. G. Nr. 98), Zeit, für das zweite Quartal 1901.

Main financial table with columns for Name der Verwaltungsstelle, Beiträge (I-IV), Einnahme, Ausgaben, and various other financial metrics.

Ausgabe der Hauptverwaltung. Table listing expenses for the main administration, including items like 'Fahrtgelder an die Vertreter' and 'Bücherei'.

Einnahme der Hauptkasse. Table listing income for the main cash, including 'An Zinsen'.

Bilanz. Balance sheet table showing 'Die Einnahme pro 2. Quartal 1901' and 'Die Ausgabe pro 2. Quartal 1901'.

Beiz, im August 1901. Hermann Wolf, Vorsitzender. G. Voigt, Kassierer. Die Revisoren: Albert Forner, Wilhelm Jentsch.

Technisches. Inhaltliche Wunschschule zu Herbst. Das Kuratorium hat mit Genehmigung der Herzogl. Regierung beschlossen, daß fortan nicht mehr als 30 Schüler in jede Klasse aufgenommen werden.

Briefkasten. * Berichte mußten zurückbleiben aus: Wilsdruff, Gleiwitz, Bachang, Stuttgart, Berlin und Nürnberg.

Düsseldorf, R. Wir haben Kenntnis genommen von der Mitteilung, daß das Einigungsamt für das Holzgewerbe hoffentlich erst am 2. Oktober in Kraft treten wird.

Verischorf, R. Er kann das nur am Quartalschluß ankündigen. Wenn die Miether mit einer Steigerung der Miete nicht einverstanden sind, müssen sie das Miethsverhältnis nach Ablauf der vereinbarten Kündigungsfrist lösen.

Königsberg, J. B. Uns nicht bekannt, wo man Armbrüste zur Jagd auf Adler bekommen kann.

Leipzig, S. W. Ließ sich für diese Nummer beim besten Willen nicht mehr machen.

Leipzig, Ortsverwaltung. Es liegt von jeder der beiden Versammlungen ein Bericht vor. Der von Scheibe ist wörtlich so wie in der 'Leipz. Volksztg.'.

Dresden, C. S. In nächster Nummer. An Alle, die es angeht. Aus mehreren Orten wird uns diese Woche mitgeteilt, daß über Verordnungen verhängt Sperrungen aufgehoben sind.

Wörth a. M., S. R. Mit den Nebenarten: 'sich als Sklaven opfern', 'ihr Blut für sie geopfert', ist garnichts bewiesen. Was ist dort passiert, wie liegen die Verhältnisse?

Altona, K. S. Dafür kann ich doch nicht, daß die 'Schlesw. Volkst. Volksztg.' nicht mit einem Worte die 'Maßnahme' erwähnt, aber die Erklärung des Vorstandes, welche sich gegen dieselbe richtet, im ganzen Umfange abdruckt, das nennt man eben publizistische - Gepflogenheiten.

Gasteb., M. S. Werden Ihrem Wunsch gemäß verfahren, wenn es soweit ist.

Flensburg, C. Daran wird die dortigen Kollegen kein Mensch hindern. Wenn Ernüchterung eingetreten ist, sind sie uns vielleicht noch einmal dankbar.

Breslau, A. S. Nehmt's übel oder nicht; das Protokoll ist nicht die Druckkosten wert. Gruß A. R.

Bersammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 M.)

Barmen. Am Montag, den 16. September, Abends 9 Uhr, bei F. Jochen, Bucherstr. 7.

Bergedorf. Sonnabend, den 21. Sept., Abends 8 Uhr.

Düsseldorf. Dienstag, den 17. September, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.

— Sektion der Modell-schreiner. Samstag, den 14. Septbr., Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Köhlerstr. 26.

Elberfeld. Montag, den 16. September, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Zentralherberge“, Gr. Klokbahn 26.

Kassel. Sonnabend, den 21. September, Abends 8 1/2 Uhr, bei Buchbach, Schäfergasse 14. Tagesordnung: „Die Differenzen zwischen der Verwaltungsstelle Kassel einerseits, dem Hauptvorstand und Gaudorfschenden Becker andererseits“. Ein Vertreter des Hauptvorstandes, sowie Kollege Becker sind hierzu schriftlich eingeladen.

Nienburg. Sonnabend, den 14. Septbr., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirths Fr. Hentel, Hinterstraße.

Wernigerode. Sonnabend, 21. September, Abends 8 1/2 Uhr, bei W. Stürmer, „Stadt Stolberg“.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Stettin. Bevollm. Richard Falkenberg, Philippistr. 72. Kassirer Otto Kaffube, Falkenwalderstr. 12. Reiseunterstützung wird ausgezahlt im Hofgarten 6, 1. Et. Herberge bei Stellmacher, Bismarckstr. 10. Die reisenden Kollegen werden ersucht, nur hier zu übernachten.

Vegetal. Den Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Verkehrslokal jetzt bei Martin Borgeß, „Gasth. zum guten Schoppen“, befindet. Die Ortsverwaltung.

Zerbst. Sämtliche Sendungen sind zu richten an den Bevollmächtigten Robert Sübottter. Reiseunterstützung wird ausgezahlt vom Kassirer Gottfried Welsner in der Herberge, bei Frau Kalkofen, von 12—1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Hermann Dämmig, Stuhlbauer, geb. 21. 10. 40, gest. 25. 8. 1901 an der Proletariatskrankheit zu Geringswalde.

Karl Brannisdorf, Tischler, geb. 7. 12. 78, gest. 4. 8. 1901 an der Schwindsucht zu Zerbst i. M.

Johann Kretsch, Drechsler, geb. 7. 9. 69 zu Marienhilf (Mähren), gest. 15. 8. 1901 zu Reichenthal.

Fritz Klein, Drechsler, geb. 30. 4. 76, gest. 31. 8. 1901 durch einen Unfall zu Zerbst.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Ende September 1900 wurde in Bielefeld ein Bezirkskassirerbuch mit beträchtlicher Anzahl Karten gefunden. Verkäufer kann selbiges gegen Annoncengebühren zurück erhalten durch **A. Hadlich, Düsseldorf, Köhlerstr. 54.**

G. Peise, Stellmacher, geb. 26. 2. 70 zu Marienhilf i. Pom., wird gebeten, in einer Klageklage seine Adresse an **Wwe. Trautwein, Hamburg, Berkersstr. 21, Ghs.,** port. zu senden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Hamburg.

Am Sonnabend, den 14. Sept.:

Herbstvergnügen

in Tütze's Etablissement, Valentinskamp. Hierzu laden wir alle Kollegen freundlich ein. Die Ortsverwaltung.

Schreiner verh. durchaus selbstständig auf bessere Möbel, im Zeichen des „St. u. Bergolber, nicht angestrichene Eichen. Gef. Offerten mit „Schreiner“ postlag. Danne a. M.

Ein Stellmachergeselle sucht sofort **C. Nicos, Wagenfabrik, Rühlhansen i. Th.**

Ein Holzgerüstschler

auf überpöflerte und polierte bessere geschweifte Garnituren, vollständig zuverlässiger Arbeiter, sofort gesucht.

H. Kühn, Gestellschlerei m. Dampfbel., Halle a. d. S., Sophienstr. 40.

Tüchtige Korbmachergehilfen finden stets auf Markt u. grün Beschlagen dauernde Stellung.

R. Thieme, Korbwaarenfabrik, Corbetha-Bahnhof.

Für Korbmacher!

Sich stelle noch einige tüchtige Gestell-arbeiter ein, aber nur fachkundige und solche, welche auf dauernde Arbeit reflektieren.

Herm. Jahn, Fabrik für Korbmöbel, Magdeburg-Neust., Breiter Weg 16.

Ein jüngerer, tüchtiger Korbmacher-gehilfe findet dauernde Stellung auf geschlagene Arbeit bei gutem Lohn.

Paul Schmidt, Osterode a. S.

Korbmacher auf Feddig- und Lachrohr-möbel werden bei hohem Lohn sofort eingestellt. Nur tüchtige Leute wollen sich melden.

Berg & Schulz, Flensburg, Rohrmöbel- und Korbwaaren-Fabrik.

Gej. Korbmacher auf Feddig- u. Lachrohr-möbel bei hohem Akkordlohn.

C. Kuntze, Hamburg, Grindelallee 46.

Gesucht 2 Korbmacher auf Ballontörbe. **Ludw. Behsen, Trittau i. Holst.**

Arbeitsnachweis der Aorkarbeiter.

1 Handrundschnneider, der auch im Maschinenschnitten bewandert ist, sofort gesucht. **Wih. Schneck, Frankfurt a. M., Alte Mainergasse 38, 1. Et.**

Fuchschwänze, Stück M. 1,40, 1,50 u. 1,60,

Kleine Hobel, Stück M. 1,—,

beste Waare, liefert

Plementasch, München, Kapuzinerstr. 50.

Dübelleisten gezahnt 8, 10, 12, 14, 16, 18 mm, mit 6 passenden, echt amerikan.

Dübelbohren, M. 7,50 gegen Nachnahme. Nach Wunsch in jeder anderen Weite verfertigt **Ernst Trimpop, Remscheid-Lieperhüh.**

J. Ziegler's B. Kl. Fuchschwanz, mit auswechselb. Blatt (D. N. G.-M. 144178), Blattgröße 20—25 lg., 5—6 br., feingezahnt, à St. v. M. 1,50 an. Detailverk. Rabatt. Liefer. b. 1 Duzend ab franko. Vertretung: **A. Sigl, München, Schleißheimerstr. 23 b, 1. Et.**



Gewandte Zeichner und Werkmeister mit mehrjähriger Praxis und abgeschlossener Fachschulbildung empfiehlt die städtische, staatlich subventionierte **Tischler-Fachschule Neustadt in Mecklenburg.** Staatl. Prüf.-Kommissar.

Sehr lehrreich für die Bantischler u. selbst den tüchtigsten Treppenbauern zu empfehlen ist das Werk **Wolf's Praktische Ausübung der Treppen,** mit zusammenlegbaren Modellen von **Gustav Wolf,** denn der Verfasser, der selbst viele und selten vorkommende Treppen gebaut hat, giebt in demselben die Ausführungen der einfachsten und schwierigsten Treppenarbeiten, genau wie dieselben vom Maschinenbau bis zur Fertigstellung in der Praxis nacheinander angeführt werden. Das Buch wird auch wegen der deutlichen Erläuterung und den Modellfiguren, welche sich in ihrer Form ähnlich wie vierkantige Hölzer gestalten, überall sehr anerkannt und zum Preise von M. 6 gegen Nachnahme, direkt bezogen, freis franko geliefert. Bestellungen nimmt **Gustav Wolf, Architekt, Leipzig-Schleußig, Dejerstr. 12,** selbst entgegen.

Stellen in der Zeit von her. Strick. Nicht mit theoretischen Dingen zu beschäftigen.

*** Slomke's Städtebuch *** für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- u. Begeleitkarte von Deutschland und ang. Ländern. 356 Seiten, geb. M. 1,20. Zu beziehen durch die Buchhandl. od. geg. Circ. v. M. 1,40 von **E. Slomke's Verlag, Bielefeld.**



Umsonst und franko erhält Jeder meinen Pracht-katalog mit ca. 3000 Abbild. v. Messern, Scheeren, Seifen, Rasen, Feinrohren, Gold- und Lederwaren etc. (unentbehrl. für jeden Haus-halt). Empfehle unübertroffene **Silberstahl-** Rasirmesser mit Stiel zu M. 2, bezüglichen **Diamantstahl M. 3** gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.

Fritz Hammesfahr, Stahlw.-Fabrik, Soche-Solingen 18.

Neu!! Neu!!

Der Sandtischler. Entwürfe zu einfachen Möbeln für das Haus des Bürgers und des Landmannes. Zweite, vollständig neu bearbeitete Auflage. **Preis M. 7,50.**

Der Dorfschreiner. Vorlagen von Möbeln und anderen Schreinerarbeiten für die einfachsten Verhältnisse. **Preis M. 7,50.**

Zu beziehen durch die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung.“

In 8 Tagen wird erscheinen:

Almanach für das Jahr 1902.

Taschentalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes.

Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis:

Kalendarium; Tagesnotizen; Geschichtskalender; Theodor York (mit Photographie); Portotarif; Zinstabelle etc.; Statistische Nachweisungen über die Bevölkerung Deutschlands (und der ausländischen Staaten, die deutschen Großstädte, Krankenkassen, Unfallversicherung (Holz-Berufsgenossenschaften) und Invalidenversicherung, Steuern und Zölle, unser Meer, Reichsschulden, Einfuhr und Ausfuhr, Gewerbezahlung etc.); Die deutschen Gewerkschaften (Entwicklung, Mitgliederzahl, Leistungen, sämtliche Adressen); Mitgliederstand, Einnahmen und Ausgaben, sowie sämtliche Streiks unseres Verbandes seit dessen Bestehen; Die letzte Jahresrechnung des Verbandes; Internationale Holzarbeiter-Kongresse; Zehn Jahre Tischlerverband; Versammlungs- und Vereinsrecht in den deutschen Staaten (mit Anleitung zur Einberufung und Leitung von Versammlungen, Gründung von Zahlstellen etc.); Kleines Lexikon des gewerblichen Rechts (behandelt in über 100 Stichworten die Anwendung und Auslegung der Gewerbeordnung und des Bürgerl. Gesetzbuches); Auszüge aus den Arbeiterschutzgesetzen; Technische Notizen u. d. m.

Dieser Auszug läßt die große Reichhaltigkeit, wie auch die mannigfache Verbesserung des Inhalts des neuen Almanachs erkennen. Derselbe wird auch dieses Jahr wieder zu den Herstellungskosten — 50 M pro Exemplar — an die Mitglieder abgegeben.

An die Zahlstellen-Verwaltungen richten wir das Ersuchen, ihre Bestellungen baldigst aufzugeben. Der Verbandsvorstand. Stuttgart, Reinsburgstr. 57.

Anhaltische Städtische, vom Staate beaufsichtigte und subventionierte Lehranstalt.
Bauschule — Getrennte Abteilungen für —
• Zerbst. • Hochbautechniker u. Steinmetze.
Lehrpläne kostenfrei. Der Direktor: Opdorbecke, Professor.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36

Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Massen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag: A. Hilde, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Beide in Hamburg.